

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsbedingungen mit dem Namen des Abnehmers

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Mark 20 Pfennig (halbmonatlich 1 Mark 10 Pfennig) durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 090, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-U. Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr. Lima Dresden Nr. 17 239 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Leszeile 1,20 RM. Anzeigen-Nachnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U. Oberbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Montag den 30. Januar 1928 Nummer 25

Das Manöver der Reichsbanner-Leitung

Die Listen enthüllen / Heraus mit den USP-Leuten aus den Gewerkschaften / Wieder ein Arbeitermord in Berlin

Hörfig wollte die USP stärken

Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

In der Paul-Leni-Korrespondenz „Politik und Wirtschaft“ beschäftigt sich der linke Sozialdemokrat Fritz Hörfig mit dem Reichsbanneraufruf gegen die Altsozialdemokraten. Er erinnert daran, daß „der Parteivorstand und andere prominente Genossen die enge Verbindung mit Heide, Wetze usw. kletten und sie also alte, im Kampf erprobte Führer bezeichnen, mit denen sich Dittmann lieber hängen wollte, als mit den anderen Oppositionsmännern“. Hörfig stellt weiter fest, daß der Bundesvorstand des Reichsbanners alles daran setze, den Einfluß der USP zu stärken, deren Ideologie „von dem Bundesvorstand geteilt wurde“. Durch die Anerkennung der USP als republikanische Partei seitens Hörfig, der jetzt von ihr abtrifft, sollte diese Stärkung des USP-Einflusses erreicht werden. Hörfig schreibt darüber: „Durch sie sollten die Unorganisierten die Verbindung mit den sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Massen erhalten. Das Reichsbanner wurde ihnen deshalb als Agitationsfeld für die neue Partei zugewiesen. Hier sollten sie ihre Reihen auffüllen, daß sie später für eine Vereinigung mit der SPD stark genug sein würden, um Forderungen und Sicherungen erhalten zu können.“ Hörfig weist dann auf die widersprüchliche Begründung des Ausschlusses der USP aus dem Reichsbanner hin und erklärt dazu: „Politische Konsequenz ist ja nie die Stärke des Reichsbanners gewesen — wird es nie sein.“

Hörfig unterläßt es natürlich, darauf hinzuweisen, daß das Manöver des Hauptvorstandes und Hörfigs gegen die USP nur dazu dient, die linken SPD-Arbeiter bei der Stange zu halten.

Der Artikel Hörfigs soll wohl auch keineswegs dazu dienen, die Stellung gegen die USP stärker zu belegen, sondern die Aufgabe erfüllen, die radikaleren Arbeiter Sachsen bei der Stange zu halten. Es soll durch diesen Artikel die Meinung erzeugt werden, als wollten die sächsischen Sozialdemokraten eine ernsthafte Politik gegen die Linie des Parteivorstandes betreiben. Alle Handlungen dieser sächsischen sozialdemokratischen Führer zeigen aber, daß sie sich immer mehr und mehr auf den Weg des Parteivorstandes begeben. Seit dem Kleiner Parteitag bemüht sich die sächsische SPD-Führerschaft, ihre davorige Unterwerfung in vollem Umfange durchzuführen. Wir haben gleich nach Bekanntwerden des Beschlusses der Reichsbanner-Gauleitung darauf hingewiesen, daß dieser Beschlus nichts weiter bezwecke, als die Arbeiter bei der SPD festzuhalten und im nächsten Wahlkampf Stimmen für die Sozialdemokratie zu erobern. Wir übertrugen, daß die Arbeiter den Reichsbanner wegstreifen, daß die USP-Führer reitlos aus den Arbeiterorganisationen entfernt werden. Seit Gründung der USP-Führerschaft sind die Gewerkschaften, hier vollführten sie ihre Politik des Verrats in vollem Umfange. Auch jetzt haben wir sofort wieder gefordert: „Heraus mit den USP-Führern aus den Gewerkschaften!“

Die Arbeiter begreifen, daß wir recht haben. Sie sehen, daß die Gewerkschaftsbureaucratie jeden Kampf der Arbeiter hemmt, jeden wirtschaftlichen Erfolg verhindert. Sie wenden sich in härterem Maße der Opposition zu. Fast in allen Gewerkschaften hat die kommunistische Opposition fast gewonnen. Die „linken“ Führer sehen, daß es Zeit wird, sich zwischen die Opposition und die USP-Führerschaft zu stellen. Die Gewerkschaften einzeln abzuschließen, diesem Streben und keineswegs dem ersten Willen einer Verräterung der Gewerkschaftspolitik entspringt ein Artikel im sächsischen Volksblatt, das jetzt auch die Entfernung der USP aus den Gewerkschaften fordert. Das sächsische Volksblatt schreibt:

„Die Entscheidung des Reichsbannerbundesvorstandes muß zur völligen u. reiflichen Abstoßung der „Nationalsozialisten“ über „die Sorte“ von der Arbeiterbewegung führen. In den Gewerkschaften liegen in Sachen noch verstreut in führenden Reihen des Herrn Reichsbanner Nationalsozialisten. Die Gewerkschaften brauchen nicht mehr politisch neutral zu sein als das Reichsbanner. Die Gewerkschaften, die mindestens ebenso wie das Reichsbanner auf republikanischem Boden stehen, müssen genau so wie das Reichsbanner zu der Erkenntnis kommen, daß die „nationalsozialistischen“ Tendenzen der USP nicht vereinbar sind mit den republikanischen, demokratischen Tendenzen der Gewerkschaften, daß die Mitgliedschaft in der USP nicht vereinbar ist mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft. Wer überzeugter, ehrlicher Gewerkschafter ist, kann dieser nationalsozialistischen Partei nicht mehr angehören, und wenn die Mitgliedschaft bei der Reichsbannerpartei höher steht als seine gewerkschaftliche Pflicht, der hat in den freien Gewerkschaften nichts mehr zu suchen. Nach der neuerlichen Charakterisierung

der USP durch den Reichsbannerbundesvorstand muß reiner Tisch gemacht werden, muß im Interesse der Entwicklung der Gewerkschaften dafür gesorgt werden, daß nirgendwo in führender Funktionstellung noch einer der Nationalsozialisten sitzt.“

Diese Ausführungen sind ein Zeichen dafür, wie stark der Druck der Opposition in den Gewerkschaften schon geworden ist. Die revolutionären Arbeiter in den Gewerkschaften müssen den Druck jetzt verstärken und den Kampf um die Befreiung der USP-Leute in den Gewerkschaften mit mehr Energie als bisher führen. Die revolutionäre Opposition soll und muß aber von Anfang an wissen, daß die sogenannten „linken“ SPD-Führer ihre letzte Stellung nur aus Rücksichtungen beziehen. Diese Führer wollen keine andere Gewerkschaftspolitik, sie haben die Politik der Gewerkschaftsbureaucratie bisher nicht nur gebilligt, sondern auch unterstützt und verteidigt. Wenn jetzt auf einmal eine andere Melodie von diesen Führern gesungen wird, dann nur deswegen, weil diese jetzt den Druck der Massen auffangen wollen.

Wir haben zu dieser Säuberung der Gewerkschaften schon seit Jahren gerufen. Also heraus jetzt endlich mit den Renegaten, dazu aber nicht das Ziel, radikaler lebende andere Führer an die Stelle zu setzen, sondern es geht die Aufgabe, die Gewerkschaften wieder zu Klassenkampforganen zu machen. Diese Aufgabe gilt es zu erfüllen. Dazu aber müssen die Arbeiter von Anfang an wissen, wozu sie sind.

Arbeitermord

Ein angetrunkener Schupowachmeister erschleicht einen Jungarbeiter

Berlin, 30. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern früh hatte sich der Oberwachmeister der Schupo, Helge, in Zivilkleidung in das Arbeiterlokal von Paul Hoffmann eingeschlichen, nachdem er sich vorher in einem anderen Lokal hart angetrunken hatte. Nach einem kurzen Wortwechsel zwischen dem Oberwachmeister und dem Jugendgenossen Herbert Reumann verließ letzterer das Lokal. Helge folgte ihm. Noch in der Tür stehend, richtete er seinen Revolver auf den Jugendgenossen und streckte ihn tot nieder.

Die Hehe der sächsischen Offiziere unter der Polizei des Sozialdemokraten Jörgiebel, die milde Justiz gegen Arbeitermörder wirkt: der revolutionäre Arbeiter ist vogelfrei. Die Polizeibeamten bringen einen Arbeiter nicht mehr zur Anzeige, sie machen schnelle Justiz, der Arbeiter ist freigeschossen, angetrunkene Polizeibeamte nach Gutdünken erschließen darf. Natürlich wird die bürgerliche Presse wieder eine Lüge finden, um die Missetat des Polizeibeamten zu rechtfertigen.

Die Arbeiterkassen muß endlich ernsthaft darangehen, mit dieser Mordfreiheit Schluss zu machen. Die Arbeiterkassen ist stärker, wenn sie will. Wenn sie mit allen Mitteln des proletarischen Kampfes, mit Kundgebungen, Demonstrationen und Proteststreiks antwortet, dann wird sie die Mordbanditen niederzwingen.

Wir fordern die Arbeiter auf, in den Betrieben Stellung gegen diesen neuen Arbeitermord zu nehmen.

„Wir kapitulieren vor der Partei“

Der Brief Sinowjews und Kamenevs

Am Sonnabend brachten wir schon eine kurze Notiz über den Brief Sinowjews und Kamenevs an die KPD. Der Brief zeigt nicht nur die vollständige Aufgabe des Kampfes der Sinowjewgruppe gegen die Partei an, er wendet sich auch entschieden gegen Trotski und seine internationalen Anhänger: Maslow, Ruth Fischer in Deutschland, Souvarine in Frankreich. Sinowjew und Kamenev unterstreichen aber noch besonders, daß in Sowjetrußland die proletarische Diktatur besteht. Alle anderen Behauptungen sind sowjetfeindliche Lügen.

Dem Vorwärts blieb am Sonnabend aus Mut über den Zerfall der russischen Opposition die Sprache weg. Dafür wütete er um so mehr gegen die Kommunisten. Die Kommunisten hätten Sammelgelder für die Textilarbeiter nicht abzugeben, sondern mit ihren Freundinnen durchgedrückt. In unserem Artikel über Arbeitswohlfahrt, auf der 2. Seite, zeigen wir, wie die Gelder behalten hat: der Sozialdemokrat Viktor Zwickau, der sich weigerte, die Sammelgelder abzugeben. Damit ist diese Hehe genügend gekennzeichnet als die Verleumdung von Schmierfinken. In der Sonntagnummer schreibt der Vorwärts 19 Zeilen zu diesem Brief unter der Überschrift: „Zu Kreuz getrocknet. Kamenev und Sinowjew verraten Trotski“. Somit berichtete der Vorwärts kommentarlos. Die Überschrift verrät aber zur Genüge die Wut. Sämtliche SPD-Zeitungen verfahren nach derselben Methode, an verstedter Stelle diese Notiz zu bringen. Die Volkszeitung, die vor einiger Zeit in großer Aufmachung brachte, daß ohne Sinowjew keine kommunistische Internationale gewesen sei, unterschlägt die Meldung vollständig. Dafür macht sie eine wüste Hehe wegen angeblicher Klassenjustiz in Rußland.

Das Berliner Tageblatt schreibt am Sonnabend:

„Es ist schon einigermaßen beipflichtet, daß zwei Haupturheber des Fraktionskampfes nun die Wirkungen dieser Sache auf die ausländische Presse schleichen wollen, die sich ganz natürlich für die Ereignisse in der Sowjetunion interessiert.“

Diese tolle Hehe der SPD- und bürgerlichen Presse ist nur ein Zeichen dafür, daß die KPD auf dem richtigen Wege ist, während die ultralinken Gruppen eben immer mehr zerfallen. Wir lassen hier den Brief folgen:

„Wir trennten uns von der trotzkistischen Gruppe in der Frage der vollständigen tatsächlichen Unterordnung unter die Beschlüsse des 15. Parteitages, Entweder Unterordnung unter alle Forderungen des Parteitages und fester Entschluß, mit der Parteilinien zusammenzuarbeiten, oder Einschlagen des Weges der zweiten Partei — so und nicht anders steht die Frage. Wer dies auch heute, nach dem Parteitag, nicht sieht, ist zu immer größeren Fehlern verurteilt.“

Unsere entschiedene Weigerung, den Weg der zweiten Partei zu gehen, kam unseren ehemaligen Genossen nicht unerwartet. Betreffs am 15. August 1927, nach der Beendigung des August-Plenums des 3A der KPD, d. h. also in einem Zeitpunkt, den niemand als einen Zeitpunkt höchsten Drucks gegen die Opposition bezeichnen kann, da das Plenum Trotski und Sinowjew im 3A belassen hatte, richteten wir an Trotski einen Brief, in dem wir uns gegen den Weg der zweiten Partei aussprachen, da wir ihn als verderblich erachteten. Heute ist dem hinzuzufügen, daß der ganze zweijährige Fraktionskampf unabweislich beweist, daß nicht nur der Weg der zweiten Partei verderblich ist, sondern daß auch die längere Existenz einer ausgebildeten Fraktion, die sich der Partei in entscheidenden Fragen entgegenstellt, den Gelehen der Parteierweiterung der proletarischen Diktatur widerspricht, und daß infolgedessen den Verzicht auf einen proletarischen Diktatur zweifellos den Verzicht auf einen solchen Kampf verlangen. Die veröffentlichten Dokumente der trotzkistischen Zentrale führen ganz und gar auf dem Gedanken der Weilerführung des Fraktionskampfes. Man muß blind sein, um nicht zu sehen, daß nach zwei Jahren erbitterten Fraktionskampfes, nachdem dieser Kampf auf die Straße getragen wurde und zum Beschluß des 15. Parteitages, durch den die ganze Opposition aus der Partei ausgeschlossen wurde, führte, die Fortsetzung der Fraktionsarbeit politisch der Bildung einer zweiten Partei gleichkommt. Wir kapitulierten vor der Partei und erachteten dies als den einzig richtigen Ausweg aus dem langen schweren Kampfe.“

Zu den Direktoren der Trotzkisten und ihre Anhänger im Auslande schreiben Sinowjew und Kamenev:

„Die Kraft und die Bedeutung der Sowjetunion für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt besteht darin, daß sie die Diktatur des Proletariats verwirklicht, den Sozialismus aufbaut und die Triebkraft der Weltrevolution ist. Darüber zu schwagen und sich auf den Hinweis zu beschränken, daß „der Sowjetstaat den Arbeitern und Bauern mehr gibt, als es bürgerliche Staaten getan hätten“, bedeutet im besten Falle ein Abwärtsschritt des Volkswillens zum Standpunkte des „linken“ Abwärtsschritts, da nur die Burceells imstande sind, an die Sowjetunion diesen „einfachen“ Maßstab anzulegen. Würden europäische Kommunisten diesen Maßstab wirklich beherzigen, so würden sie auf die Stufe wohlwollender „Gäste“ einer die Sowjetunion besuchenden sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Delegation herabsinken. Was gibt es „linkes“ an diesem Standpunkte? Ebenso falsch wie schädlich ist die von den Verfassern der Direktoren gegebene Charakteristik der Macht in der Sowjetunion, worin behauptet wird, daß die Partei und der Staat in der Sowjetunion, worin behauptet wird, daß die Partei und der Staat in der Sowjetunion von Kleinbürgerlichen Elementen geleitet werden, die sich notgedrungen auf die Arbeiterklasse stützen müssen. Hier gleichen die Verfassern der Direktoren offenkundig zum Gedanken ab, es gäbe in der Sowjet-

Montag
Die
Der r
rationale
kraten in
müssen au
Gehärtel
lassen.
In de
13. Janu
Internati
stiel unter
und sein
als ob S
Rahmen d
selbst hüt
munisten
gedrängt
fahren h
MS?" at
dann in
nisse wä
Ausgelde
sondern d
unfere W
Zwischen
MS nicht
Doch
Redakteur
seinem U
schaft als
Sammelk
halten. S
geführt,
zurück, a
er sich ha
eingelegt
darauf a
rung der
er: "Das
einem Be
Viktor a
MS erh
Beiträge
machte V
Viktor in
aus der
fehlt wor
Den
wird her
nou so
MS an
Die
weg
Im Geg
schaft m
lationen,
die den
hungern
soll wer
Be
lichen S
wenden,
die Auf
aufst
den. S
verschlo
handelt
Nachtso
lorgez
lanfene
Herr V
Grund
Da
eine T
hat, da
ziehung
weiter
schick
Di
melhod
reiner
grundl
Prügel
igden
der W
die "Je
wertig
D
beiter
und d
auch i
unter
fien b
Staat
nehme
Kamp
ungeh
mache
stell
Du
Von
eine
beiter
lig, a
Sob
Sob

Der englische Ginowjew-Brief in Berlin gefälscht!

Schriftsteller Mertens enthüllt den polnischen Gesandtschaftsattaché als Mitarbeiter des deutschen Fälschers Schred
Hakenkreuz-Mitglied auf den Enthüller!

Leipzig, 29. Januar.

Am Spionage- und Fälscherprozess Schred, der jetzt vor dem Reichsgericht stattfindet, geklärt sich die Vernehmung des unter "freiem Geleit" aus Genf gekommenen polnischen Schriftstellers Mertens zu einer sensationellen Enthüllung über die Herkunft des berühmten Ginowjew-Briefes, der seinezeit bei den englischen Wahlen eine große Rolle spielte. Unter Eid sagte Mertens aus, daß im März 1927 ein englischer Publizist ihm die Mitteilung gemacht habe, daß der Herrscher des Ginowjew-Briefes niemand anderes als der polnische Mitarbeiter des deutschen Fälschers Schred, der Presseattaché der Berliner polnischen Gesandtschaft, Dr. Paciorowski, ist. Dieser hat unter dem Decknamen "Berger" mit Schred zusammengearbeitet und wahrheitsgemäß gemeinsam mit dem "Räterländer" Schred diese Wahlbombe der englischen Wahlen, diesen Brief in der damaligen Wohnung Schreds in der Nahalstraße 1 in Berlin hergestellt. Diese Entlarvung des nationalen Vanditen, der für Geld in internationaler Antikommunistenhege mit englischen und polnischen Agenten machte, wurde von den völkischen Landsleuten sofort beantwortet. Als Mertens nach seiner Erledigung seiner Angelegenheiten sich auf dem Leipziger Hauptbahnhof mit der Frau seines Freundes Koettcher traf, wurde er beim Verlassen des Bahnhofs von einem Trupp Hakenkreuzler, die mit Knüppeln bewaffnet waren, überfallen. Der große und kräftige Mertens legte sich jedoch mit seinem Spazierstock erfolgreich zur Wehr und hielt sich die Hakenkreuzler-Banden vom Leibe bis zum Eintreffen der Schupo. Mertens erhielt jedoch im Verlaufe der Schlägerei am Genick und an den Augen Verletzungen. Dieser Überfall veranlaßte ihn daraufhin, die Fahrt nach Berlin aufzugeben und die Rückreise nach Genf unter Begleitung eines Leipziger Polizeibeamten anzutreten. Sein verhafteter Freund Koettcher wird am Mittwoch gegen Kaution aus der Haft entlassen werden.

Dieser Schred-Prozess und seine Begleiterscheinungen zeigen den Sumpf der nationalen Spionage und Gegenspionage in seiner erbärmlichsten Art. Die Tatsache, daß die Vertrauensmänner "nationaler" Organisationen gegen gute Bezahlung für die englischen Kapitalisten antikommunistisches Werbematerial fabrizieren, beweist, daß die deutschen "Nationalisten aller Nationen", die heute an der Spitze der Wehrverbände stehen, morgen schon "Arbeit" für den "feindlichen" Imperialismus zu leisten bereit sind, wenn sie bezahlt wird. Und daß sie ihre Banditen gut "an der Strippe" haben, beweist der prompt auf die Aussage Mertens erfolgte Überfall.

Das wesentlichste aber ist die im Schred-Prozess offen zutage getretene Methode des Erfindens jener Dokumente, mit denen die imperialistischen Staaten die breiten Volksschichten stets auf neue in eine Kriegslimmung gegen die Sowjetunion zu heben versuchen. Daß Schred kein Haor gekrümmt worden wäre, wenn er sich nicht auch gegen die Reichswehrverehrung vergangen hätte, wird wohl niemand zu bezweifeln wagen.

Keine andere Kraft als die Zucht einer herrlichen Arbeiter-Hoffe wird dieser Gesellschaft das Handwerk gründlich legen.

Einigkeit im Zentrum

Ron Marx bis Stegerwald für arbeiterfeindliche Politik.
Verbleiben im Bürgerblock.

Berlin, 30. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Die gestrige Reichsausschussung des Zentrums hat mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß die Zentrumsführer in ihrer konterrevolutionären politischen Linie völlig einig sind und daß keinerlei grundsätzliche Differenzen zwischen ihnen bestehen. Das einleitende Referat des Bürgerblock-

Oppositionelle Metallarbeiter!

Vertrauensleute!

Wir stehen inmitten großer Wirtschaftskämpfe, 60 000 mittel-deutsche Metallarbeiter führen einen heiligen Kampf gegen die Metallindustriellen. Einer kühleren Front seitens der Industriellen trotzen sie, gleich den Kollegen in der Hüttenindustrie. Beide gewaltigen Kämpfe lösen auf heftigen Widerstand der sozialdemokratischen Führerschaft. Diese will den Herrschern der bürgerlichen Republik, den brutalen Stahlkönigen nicht den Kampf bis zur letzten Entscheidung anlassen. Nur dem Druck der Arbeiter folgend haben sie sich der Aktion angenommen, und zwar mit dem Ziel der baldigen "glücklichen" Beilegung derselben. Sie will die gegen den "Bolschewismus" gereizte Republik auch den hungernden und überarbeiteten Arbeitern gegenüber retten. So führt die SPD-Führerschaft den Kampf gegen den Bürgerblock!

Am 31. März 1928 läuft der Mantel- und Lohntarif der sächsischen Metallindustrie ab. Ein heftiger Kampf um alte gewerkschaftliche Forderungen wird uns bevorstehen. Mit Hilfe der Stahlkönige aller Gegenden Deutschlands wird der Verband sächsischer Industrieller den Kampf gegen uns führen. Das erfordert

eine starke eiserne Front!

Diese bedingt, daß in der Führung des DMB Dresdens die Opposition einflussreich vertreten ist. Deshalb ist es Pflicht jedes revolutionären Metallarbeiters, mitzumitern.

Jeder Vertrauensmann des DMB Dresdens Dienstag den 31. Januar, 18.30 Uhr, zum Reglerheim, Friederichstraße.

wichtige Generalversammlung.

Ein jeder Metallarbeiter legt sich ein für die Anträge und Vorschläge der Opposition!

Die oppositionellen Metallarbeiter wählen für die Ortsverwaltung Dresdens folgende erfahrenen und erprobten Kollegen:

1. als Bevollmächtigter: Erik Schreiter
2. als Sekretär: Walter Kohde.
3. Beisitzer: Felix Lemmich, Elektromonteur, Na. Hamm.
4. Beisitzer: Walter Kohde, Rummacher, Na. Hartmann.
5. Beisitzer: Kurt Wehde, Mechaniker, Na. Sachjenwert.
6. Beisitzer: Ernst Reichlich, Metallarbeiter, Na. Meurer.
7. Beisitzer: Kurt Schaaf, Schmied, Na. Schiffswerk.
8. Beisitzer: Albin Zeiler, Schlosser, Na. Seid. u. Raum.

Falls Kollege Kohde zum Sekretär gewählt wird, erfolgt in der Versammlung ein weiterer Vorschlag der Opposition.

Für die Tarifforschung schlägt die Opposition vor: die Kollegen Walter Kohde, Hartmann; Max Fehr, Egh. hat; Oswald Rottich, S. u. M.; Kurt Schaaf, Schiffswerk Lebigau; Ernst Reichlich, Meurer; Erich Rau, Anton Richter.

Die Vertretung der Opposition im DMB Dresden.

Samlers Marx war darauf eingestellt, durch einen Vorschlag, Schmal die arbeiterfeindliche Politik vor den Zentrumsarbeitern zu vertuschen.

Die Gewerkschaftsführer Kaiser und Köhler, Imbusch und Stegerwald machten zwar wieder radikale Vorschläge, aber diese Vorschläge machte man nur unter dem Druck der Zentrumsarbeitern, die merkten, wie der Bürgerblockschlichter, der Zentrumsminister Brauns, einen Schiedsspruch nach dem anderen zugunsten der Unternehmer fällt. Stegerwald und Imbusch wollen die Arbeiter nur beim Zentrum halten, stimmen aber mit der Grundlinie der arbeiterfeindlichen Politik durchaus überein.

Das Ergebnis der Diskussion war eine Beschlusfassung über eine Proklamation, die den Zentrumsarbeitern einreden soll, das Zentrum sei eine soziale Partei. Mit dieser Phrase, die Herrn Brauns alle Freiheit läßt, weiter Sozialpolitik im Interesse des Truistkapitals zu treiben, sollen die Zentrumsarbeiter noch einmal eingefangen werden. Im Zeichen der sozialen Partei, die im Bürgerblock bleibt, die an der Spitze der Reaktion marschiert, einigten sich Stegerwald und Marx.

Zu dem augenblicklichen "Konflikt" in der Koalition bezüglich des Schulgesetzes nahm der Reichsausschuss überhaupt nicht Stellung. Eine Vorstandsitzung des Zentrums am Samstag hatte bereits der Reichstagsfraktion entsprechende Vollmachten gegeben, die Forderungen des Zentrums zum Schulgesetz unanfechtbar zu vertreten.

Alle Nachrichten der sozialdemokratischen und linken bürgerlichen Presse über "Differenzen im Zentrum und Zusammenbruch der Koalition" hat die Reichsausschussung des Zentrums als glatten Schwund entlarvt. Nachdem die Germania bereits die Meldung demontiert, daß das Zentrum auf einen Notetat dränge, damit der Reichstag beim Scheitern des Schulgesetzes sofort aufgelöst werden könne, schreibt der heutige deutschlandische Montag über die gestrige Zentrumsitzung: "Zentrum nicht gegen die Koalition" und bemerkt dazu, daß selbst bei einer Krise zwischen den Koalitionsparteien die Auflösung des Reichstages nicht unbedingt gegeben sei. Das Zentrum scheine darüber uninteressiert zu sein, daß in diesem Falle der Reichspräsident, der für Auflösung des Reichstages maßgebend ist, den Versuch einer anderen Lösung der Regierungskrise machen könne (!).

Dinstagstag der Deutschen Volkspartei

Für weitere Steuerlasten auf die Arbeiter — Für Aufhebung des Mieterschutzes — Für die Schulverplattung gegen den Achtstundentag — Gegen die Reichstagsauflösung

Am Sonntag fand in Bautzen der Dinstagstag der Deutschen Volkspartei statt. Versammelt waren dort alle den sächsischen Arbeitern bekannten Reaktionen des sächsischen Kapitals. Der Initiator von 1923, Dr. Heinze, der Volksbildungsdirektor des Reiches, der Oberbürgermeister von Dresden, Blüher, der Reichstagsabgeordnete Reichmeister Haemann aus Hildesheim hielt einen Vortrag über die Mittelstandspolitik der Deutschen Volkspartei. Die Rede war darauf angelegt, den Mittelstand für die Partei der Schwerindustrie erneut zu gewinnen. Haemann betonte, daß auch eine besondere Mittelstandspartei nicht mehr für den Mittelstand tun könne. Dann sprach er für das Notprogramm der Volkspartei, für eine Aenderung des Dawesabkommens und für Steuerentlastungen für die Kapitalisten. Die Forderungen die neu entstehen, sollen den arbeitenden Massen aufgeliegt werden. Haemann fordert deswegen Zuschläge für Einkommensteuer durch die Gemeinde. Er betont, daß der geringste Steuerzahler mit erfasst werden müsse. Das bedeutet ganz klar, daß die bisherigen 10prozentigen Einkommensteuerabgabe erhöht werden sollen. Dann fordert Haemann die Aufhebung der Hauszinssteuer und Wohnungszwangswirtschaft. Die jetzt ausgegebenen Mittel aus der Mietzinssteuer sollen dem privaten Bankkapital gegeben werden. Der Achtstundentag für die Landwirtschaft und für Saisongewerbe dürfte nicht eingeführt werden. Weiter fordert Haemann die Berechtigung zur härteren Verhängung von Strafen. Zum Schluss betonte er, daß die Volkspartei die Interessen des Mittelstandes ebenfalls vertreten.

Ueber die politische Lage sprach Dr. Heinze. Er erklärte, daß durch die Abstimmung über § 20 des Reichsfinanzgesetzes zwar einige Schwierigkeiten eingetretten seien, doch zwischen der 1. und 2. Lesung werde man schon eine Regelung finden. Die sächsischen Bekennnisschule solle aufgebaut, für Sachfen der vorrevolutionäre Zustand im Volkswirtschaften wieder eingeführt werden. Hier betonte Heinze ausdrücklich, daß er hier für aufgeweckte Maßnahmen zur Durchführung dieser Forderungen sei. Zu der von den Sozialdemokraten den Arbeitern so oft vorgegaukelten vorzeitigen Reichstagsauflösung erklärte Heinze:

die jetzige vierjährige Reichstagsperiode sei schon so kurz, verkürze man sie noch weiter, dann komme der Reichstag aus dem Druck der Wahllokalisation überhaupt nicht mehr heraus. Das Festhalten, fortwährend darauf zu sitzen, müsse aufs härteste bekämpft werden.

Diese Ausführungen zeigen ganz deutlich, daß die führende Partei absolut nicht an eine vorzeitige Reichstagsauflösung denkt. Ja, Heinze ging noch weiter. Er drohte mit der Diktatur und erklärte:

könne der Reichstag nicht ruhig arbeiten, dann müsse die Regierung für ruhige Arbeit sorgen.

Diese Ausführungen sind wohl nicht anders zu verstehen, als daß die Regierung den Reichstag nach Hauke schicken und mit dem Artikel 48 regieren wird. Heinze wendete sich gegen eine eventuell einsetzende Linksregierung und erklärte, daß deswegen die Wahlen schon aufgehoben werden müßten.

Oberbürgermeister Blüher sprach über die Lage in Sachsen. Er kündete ein Defizit des Staatsetats von 22 Millionen Mark an. Er presie die Verordnung für Forderung der Wohnungszwangswirtschaft als ein Verdienst der Volkspartei. Die Zwangswirtschaft müsse schrittweise abgebaut werden. Er betonte die Notwendigkeit der in der sächsischen Denkschrift geforderten Verwaltungsreform. Die Koalition werde bei keinem Geschäft noch lange zusammenhalten. Eine Auflösung des Landtages sei durch Urteil des Staatsgerichtshofes zu erwarten.

Die Tage der ostfälischen Volkspartei unterstreichen deutlich, daß die sächsischen Kapitalisten mit der Heldtregierung außerordentlich zufrieden sind und sein können. Die Volkspartei kennzeichnete und diffamierte auf ihrer Tagung den Kurs, der in Zukunft in Sachsen weitergeführt werden soll. Stärkerer Angriff gegen die Arbeiterklasse, neue Steuerlasten höherer Mieten, daneben droht Heinze mit der Diktatur. Diese Tagung ist ein neues Signal für die Arbeiter, alle Kräfte zum Kampf gegen die Reaktion zu mobilisieren.

40 Tote bei einem Eisenbahnunfall

In Wien kürzte ein Zug von einer Brücke herab und grub unter seinen Trümmern eine größere Anzahl Passagiere. Bisher konnten 40 Tote geborgen werden. Die Ausräumungsarbeiten sind noch nicht beendet.

union keine Diktatur des Proletariats mehr. Dies ist im Grunde genommen die Formel eines vollendeten Thermidors, das heißt, eine solche geschichtliche und politische Lage, daß die Verfall der Diktatur von ihr angeht selbst nichts wissen wollen; sie werden aber zu ihr durch die unermessliche Logik ihres Standpunktes gedrängt. Die Arbeit der Opposition in den kommunistischen Parteien wird von den Trozkisten analog der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften behandelt. Zu diesem Zweck wird ein zumeist zweideutiger Vergleich zwischen der deutschen und französischen kommunistischen Partei einerseits und der ehemaligen deutschen USP und der französischen Kleinbürgerlichen Sozialistischen Partei andererseits gezogen. Die Trozkisten anerkennen offen als ihre einzigen Anhänger der Komintern die französische Gruppe "Gegen den Strom", die eine wahrhaft rechte Gruppe bloßer Intellektueller ist. Sie bemühen sich frampfhaft, Souvarine weik zu waschen, dessen Linie keine bolschewistische ist und dessen Kritik gegenüber der Sowjetunion längst alle Grenzen des Zulässigen überschritten hat.

Aus unseren Beziehungen zur Gruppe Maslow-Ruth Fischer überzeugen wir uns, daß Maslow und Ruth Fischer verständig mit aller Bestimmtheit den Kurs auf eine zweite deutsche Partei halten und dabei vor nichts zurückschrecken. Maslow und Ruth Fischer verdienen eine entschiedene Verurteilung. Der mit Arbeitern in engerer Fühlung lebende bessere Teil der Maslow-Gruppe lehnt sich entschieden gegen den Gedanken einer zweiten Partei auf und sucht den Weg zurück in die Komintern.

Fel ihrer Uebersticht über alle oppositionellen Gruppen der Komintern brachten es die Trozkisten fertig, gerade die vom Bolschewismus am weitesten entfernte rechte Gruppe als ihre nächsten Gefinnungsgenossen zu erklären. Sie kapitulieren vor Kay und Souvarine und wollen mit ihrer Hilfe die Linie der KPSU "berichtigen". Eine politische Gruppe, die zu solchen Schlussfolgerungen gelangt, muß unermesslich zu einem Werkstück der Kleinbürgerlichen Kräfte gegen die KPSU und gegen die Komintern werden.

Sinowjew und Kamenez erklären schließlich, daß sie gegenwärtig nicht mehr die Plattform des Oppositionsblocks, "dieses Dokument höchster Verleumdung des Fraktionskampfes", vertreten können, und daß für sie in ihrer weiteren Arbeit die Beschlüsse des 15. Parteitagess maßgebend sein werden. "Solche wichtige Tatsachen der Parteipolitik, wie die Revision der Agrarfrage in offenkundig bolschewistischer Richtung, die Herabsetzung der Steuern für die Nacht des Bodens, ferner Maßnahmen wie die, daß den Kulaken die Rechte von Mitgliedern der Landgemeinde entzogen werden, und andere Maßnahmen des Kampfes gegen das Kulakentum, endlich die Aufnahme neuer hunderttausend Arbeiter in die Partei — all das darf keineswegs unterlassen werden. Diese Tatsachen zeigen genügend klar, wie einzelne Momente parteipolitischer Manöver von der Opposition manchmal fälschlich als direkte Übergehen in andere Klassenbahnen gedeutet wurden. Die Logik des Fraktionskampfes führte zu einer solchen offenkundig falschen Behauptung, wie die der "Plattform", das in Kreisen der führenden Mehrheit unter dem Einfluß des Abbruchs der englisch-russischen Beziehungen und anderer außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten heute beispielsweise folgender Plan heranzieht: Anerkennung der Schulden, mehr oder minder vollständige Liquidierung des Außenhandelsmonopols, vorübergehender Verzicht auf die Unterstützung der chinesischen Revolution überhaupt nationalrevolutionärer Bewegungen, sowie innerhalb des Landes — Ausführung eines rechten Manövers, d. h. noch eine gewisse Erweiterung der KPSU." Solche Schlussfolgerungen entsprechen und entsprechen in keiner Weise der Wirklichkeit und fanden in Verbindung damit, daß die Plattform als ein der Politik des 3A nach allen Richtungen hin entgegengesetztes Dokument ausgearbeitet worden ist.

Wir wiederholen jedem Oppositionellen gegenüber: Politischer Mut und politische Konsequenz bestehen nicht darin, hartnäckig den Weg weiterzugehen, der sie von der KPSU und von der Komintern immer weiter abdrängt. Man muß sich entschließen, umzukehren. Wir sind überzeugt, daß der überwiegende Teil der ehemaligen Opposition, daß ihr ganzer Leninistischer Teil und ihr ganzer proletarischer Kern den Weg der Veröhnung mit der Partei gehen wird. Die außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten der Sowjetunion sind bekannt. Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung der kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion geht mit Volldampf vor sich. Die Rolle der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Presse ist dabei besonders groß. Das Haupthindernis für die Verwirklichung der imperialistischen Pläne gegen die Sowjetunion ist der Widerstand der Arbeitermassen. In einem solchen Augenblicke halten wir es für unseer Pflicht, die kommunistischen Arbeiter vor dieser (der trozkistischen) Kampagne, deren Früchte nur die Bourgeoisie ernten wird, mit aller Entschiedenheit zu warnen."

Sieg der Opposition im DMB Remscheid

Remscheid, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In der gestrigen Jahresgeneralversammlung des DMB zur Ortsverwaltungswahl hat die Opposition einen entscheidenden Sieg errungen. Mit 685 gegen 490 Stimmen wurde die Liste der Opposition und der erste Bevollmächtigte gewählt. Damit ist die seit 4 Jahren bestehende Herrschaft der Reformisten gestürzt, die u. a. zur Zerstückelung des Verbandes durch Besatzung des Hauptvorstandes sehr viel beigetragen hatte. Infolge dieser Werbearbeit der Opposition konnte die Mitgliederzahl im letzten Jahre verdoppelt werden.

Sieg der Opposition im Freidenkerverband

Dresden, den 30. Januar.

Auf der am Sonntag, dem 29. Januar, im Dresdner Volkshaus abgehaltenen Delegiertenversammlung des UB Dresden im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung errang die Opposition einen im Interesse der revolutionären Orientierung des Verbandes zu begründenden großen Erfolg. Trotz heftiger Angriffe der SPD-Fraktion gegen die kommunistischen Vorstandsmitglieder und auch gegen die ethischen und aufrechten sozialdemokratischen Arbeiter, die als proletarische Kulturkämpfer die Prinzipien des Marxismus über die ihrer Partei stellen, erhielten die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei 18 Stimmen, während die der Opposition mit 78 Stimmen einen überwältigenden Sieg errangen. Der neue Vorstand besteht aus 7 Kommunisten und zwei oppositionellen Sozialdemokraten. Ein Antrag, der eine gemeinsame Kampagne für die Forderungen der Arbeiterklasse forderte, wurde einstimmig angenommen und dem Dresdner Arbeiterkulturfakt, den Gewerkschaften, der KPD und SPD überlesen. Der ostfälische Bezirk des BfZu hat im Jahre 1927 eine erhebliche Aufwärtsgewandlung genommen. Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt über 27 000.

Die unparteiische Kampfhilfe für die Arbeiter

Herr Viktor und die ZSH. - Die Familienwirtschaft der „Arbeiterwohlfahrt“.

Der Ruhm des Vorwärts im Kampfe gegen die Internationalen Arbeiterhilfe läßt unsere „linken“ Sozialdemokraten in Sachsen nicht ruhig schlafen. Von Zeit zu Zeit müssen auch sie in ihren sozialdemokratischen Zeitungen Scherzartikel gegen die Internationale Arbeiterhilfe loslassen.

In der Nummer 11 des Zwickauer Volksblattes vom 13. Januar 1928 schrieb der ehemalige Vorsitzende der Internationalen Arbeiterhilfe, Herr Viktor, einen Artikel unter der Überschrift: „Kommunistischer Schwindel und kein Ende“. Der Artikel soll den Anschein erwecken, als ob Herr Viktor während des Bergarbeiterstreiks im Rahmen der Internationalen Arbeiterhilfe etwas gefordert hätte. Er schreibt in seinem Artikel, daß die Kommunisten die Sozialdemokraten aus der ZSH hinausgedrängt hätten und führt dabei zum Beweis seine vor Jahren herausgegebene Broschüre: „Was ist es mit der ZSH?“ an. Diese Darstellung widerspricht den Tatsachen, denn in Wirklichkeit waren nicht die Zwickauer Vorkommnisse während des Bergarbeiterstreiks an dem freiwilligen Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der ZSH schuld, sondern der Parteitagbeschluss auf Befehl Sellmanns. Daß unsere Behauptung zutreffend ist, dafür zum Beweis die Erklärung der sozialdemokratischen Mitglieder im Reichsvorstand, die ausdrücklich erklärten, daß der Fall Zwickau keineswegs den Mitgliedern der SPD Anlaß geben konnte, die Arbeit in der ZSH einzustellen. Auch der damalige Vorsitzende des Landesauschusses Sachsen, der Sozialdemokrat Tempel, erklärte persönlich, daß er trotz des Zwickauer Vorfalls keinen Grund sehe, die Arbeit in der ZSH niederzulegen.

Doch wie endete die „legensreiche Tätigkeit“ des Redakteurs Viktor in der ZSH, die er so über alles lobt in seinem Artikel vom 13. Januar? Er hatte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der ZSH des Ortskomitees Zwickau Sammellisten für das Kinderheim vom Landesauschuss erhalten. Arbeiter haben für die ZSH die Sammlung durchgeführt. Unter Drängen gab Viktor einen Teil der Listen zurück, aber die gesammelten Gelder nicht. Auch weigerte er sich hartnäckig, mit dem vom Reichs- und Landesvorstand eingesetzten Sekretär die Abrechnung vorzunehmen. Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Nichtablieferung der Gelder eine Unterschlagung sei, erklärte er: „Das können Sie auffassen, wie Sie wollen.“ Nach einem bereits vom Kämpfer veröffentlichten Bericht hatte Viktor auch Gelder von Gemeinden und Städten für die ZSH erhalten, aber nicht überwiesen. Er verwendete diese Beiträge nicht für die ZSH, sondern für eine neu ausgemachte Filiale der Arbeiterwohlfahrt. Und nun behauptet Viktor in seinem Artikel weiter, daß nach seinem Austritt aus der ZSH das Werk in der Arbeiterwohlfahrt fortgesetzt worden sei.

Den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung wird Herr Viktor ebenfalls nicht erbringen können. Genau so wie es ihm nicht gelingt, nachzuweisen, daß die ZSH angeblich eine kommunistische Organisation sei.

Die Arbeiterwohlfahrt hat in keiner einzigen Bewegung den Arbeitern aktiv als unterstützende Organisation zur Seite gestanden.

Im Gegenteil, sie befindet sich in einer engeren Freundschaft mit Stahlhelm und christlichen Wohlfahrtsorganisationen. In einer Arbeitsgemeinschaft also mit Leuten, die den Fürsorgeberechtigten erzählen: „Selig sind, die da hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden.“

Welche Erziehungsmethoden diese christlich-bürgerlichen Herren gegenüber wehrlosen Proletariatskinder anwenden, ist wieder einmal zum Vorschein gekommen durch die Aufdeckung des skandalösen Falles in der Erziehungsanstalt des christlichen Magdalena-Hilfsvereins zu Dresden. Hier hat der Pfarrer Widmann bekanntlich hinter verschlossenen Türen ein 17-jähriges Mädchen mißhandelt, daß er dieses mit einem 1 Zentimeter dicken Rohrstock derart aufs Gesicht geschlagen, daß durch die fürsorgegerichtliche Untersuchung nach 4 Wochen noch blutunterlaufene Striemen von dieser Mißhandlung zeugten. Der Herr Pfarrer gab diese Mißhandlung zu und führte als Grund an, daß das Mädchen erotisch sehr triebhaft sei.

Damit ohrfeigt sich der Herr Pfarrer selbst, denn wenn eine Person schon derartige Veranlagungen aufzuweisen hat, dann sind Schläge das ungeeignetste Mittel der Erziehung. In einer Aussprache gab der Herr Pfarrer weiter zu, daß Schläge zu den Erziehungsmitteln seiner christlichen Anstalt gehören.

Dieser Fall offenbart die bürgerlichen Erziehungsmethoden und gleichgültig die bürgerliche Wohlfahrt in reinster Kultur. Und wir als Arbeiterhilfe bedanken uns grundsätzlich, mit solchen Herren, die Arbeiterkinder mit Prügelstrafe und zugleich im Untertanengeist erziehen, in irgendeine Arbeitsgemeinschaft einzugehen, wie dies bei der Arbeiterwohlfahrt der Fall ist. Ist hierin vielleicht die „legensreiche“ Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt für die wertvollen Massen zu suchen?

Doch nicht nur grundsätzlich trennen wir uns als Arbeiterhilfe von den bürgerlichen Wohlfahrtsorganisationen und der sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt, sondern auch in der Praxis. Die Internationale Arbeiterhilfe unterstützt bei ihren Hilfsaktionen vor allem die kämpfenden Arbeiter und lehnt es ab, dem bürgerlichen Staat seine Verpflichtungen durch Wohltätigkeit abzuschieben. Sie unterstützt alle Klassengenossen, die sich im Kampfe befinden, auch dann, wenn sie sich ihrer Klassenzugehörigkeit noch nicht bewußt sind. Sie bewußt zu machen, das ist es eben, was sich die ZSH mit zur Aufgabe gestellt hat.

Durch brüderliche Hilfe zur Befähigung, von der Befähigung zur brüderlichen Tat.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, wollen wir nur eine der vielen Hilfsaktionen der Internationalen Arbeiterhilfe erwähnen, wo die Arbeiterwohlfahrt auch öffentlich angibt, Hilfe geleistet zu haben.

In aller Erinnerung ist sicherlich noch die entsetzliche Schwabertalströmbe im ostsächsischen Erzebecken wo

10 blühende Menschen ihr Leben lassen mußten und ungeheurer materieller Schaden angerichtet worden war. Gleich nach Bekanntwerden der Katastrophe entsandte die ZSH eine Kommission nach dem Unglücksgebiet, und während die Arbeiterwohlfahrt dazu überging, durch Formulare die „Schäden der vom Unglück Betroffenen“ festzustellen, führten die schwerbeladenen Lebensmittelautos der ZSH durch das Gebirge und brachten praktische Hilfe. Die Hilfsaktion der ZSH erstreckte sich nicht nur auf die Entsendung von Lebensmittelautos, sondern auch auf den Abtransport von Kindern, Einlieferung derselben und Entsenden von Kleidungsstücken und Möbeln nach dem Unglücksgebiet.

Erst nachdem die groben Schäden der Unwetterkatastrophe schon fast wieder beseitigt waren, leitete die Arbeiterwohlfahrt auf Grund ihrer Feststellungen eine Hilfsaktion ein. Zuerst ging eine Hausinspektion für die Sozialdemokratische Partei. Bei dieser Werbearbeit versprach man den neu Eintreffenden Abfindungssummen für Hochwasserhaden durch die Arbeiterwohlfahrt. Wir haben im Mühlhals festgestellt, daß nur SPD-Mitglieder und höchstens noch einige langjährige Leser der Volkszeitung durch die Arbeiterwohlfahrt unterstützt worden sind und dabei sind überhaupt noch die für die SPD tätigen Personen besonders bevorzugt worden. Zum Beweis veröffentlichten wir einige Stellen aus einem Bericht über Beteiligung der Arbeiterwohlfahrtsgelder in Mühlhals-Häfelich und Neuburghardswalde. Die Gelder sind dort verteilt worden durch den Gemeindevorstand der SPD, Schippe, Mühlhals-Häfelich, und Bernhard Hentschel (SPD) aus Neuburghardswalde. Hentschel, der einen anerkannten Hochwasserhaden von 506 Mark aufzuweisen hatte und vom Staat 501 Mark ausgezahlt erhielt, bekam von der

Wie wählen die katholischen Proletarier? Wichtige Lehren einer Wahlstatistik

Von Peter Maslowki

Gerade zur rechten Zeit vor den großen Wahlen des Jahres 1928 ist ein Buch erschienen, das geeignet ist, sehr wichtige Lehren in der Frage der Gewinnung der katholischen Arbeiter, die etwa 60-65 Prozent der Parlamentsstimmen des Zentrums bzw. der Bayerischen Volkspartei ausmachen, für die proletarische Klassenfront allgemein und für die KPD im besonderen zu erteilen. Es handelt sich um ein Buch von einem Dr. Schauff mit dem Titel „Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei“ (Verlag Wasmann, Köln). Sein Inhalt ist eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871, und gibt sehr erschöpfende und hochinteressante Antworten auf die Fragen, wieviel Katholiken überhaupt Zentrum und Bayerische Volkspartei wählen, und wie diejenigen Katholiken bei den Parlamentswahlen stimmen, die sich nicht für eine der genannten kirchlichen Parteien entscheiden.

In dem Buch wird festgestellt, daß im Durchschnitt der vier Reichstagswahlen zum Reichstag etwa 60 Prozent der deutschen männlichen und weiblichen Katholiken Zentrum und Bayerische Volkspartei wählen, so daß also für die anderen Parteien nur 40 Prozent übrig bleiben. In diesem Zahlenverhältnis ist schon die erste wichtige Lehre enthalten: die politische Bindengewalt des Katholizismus ist auch heute noch trotz Revolution, Republik und allen möglichen Krisen ziemlich groß. Doch sei unterleitet erläuternd festgestellt, daß diese Bindengewalt nicht die Religion an sich ist, sondern vor allem in der Organisationskunst des Klerikalismus liegt, der in den mannigfaltigsten, auf den verschiedensten Gebieten liegenden, die verschiedensten Berufe und Stände erfassenden und den verschiedensten Interessen entgegenkommenden Organisationen etwa 4 Millionen Menschen erfaßt hat, eine Zahl, die ungefähr den Parlamentsstimmen der kirchlichen Parteien entspricht und parlamentarisch gesehen fast den gesamten Bestand des deutschen Katholizismus darstellt. Diese kirchliche Organisationsarbeit, innerlich getrieben selbstverständlich von den harten kirchlichen Beeinflussungsmöglichkeiten, macht in erster Linie das Geheimnis der äußerlichen Stabilität des Klerikalismus seit der Gründung der Zentrumspartei im Jahre 1871 aus. Vergleicht man nämlich nach Schauff die oben genannte durchschnittliche Reichstagswahl von 60 Prozent mit der Vorkriegszeit, so ergibt sich, daß sie ungefähr dem durchschnittlichen Ergebnis der beiden Vorkriegswahlen von 1907/1912, wie auch dem der ersten Reichstagswahl von 1871 entspricht.

Die Sache wird in dem Augenblick interessant, wo man die Wahlbeteiligung der Frauen in der Nachkriegszeit entsprechend in Rechnung stellt. Es zeigt sich da sofort, daß wir mit Recht nur von einer äußerlichen Stabilität der Zentrumspartei gesprochen haben. Denn in der Nachkriegszeit, d. h. im Durchschnitt der letzten vier Wahlen, wählten nur 34 Prozent der katholischen Männer kirchlich. Dies bedeutet gegenüber dem Ergebnis von 1912 einen Rückgang auf 56 Prozent, gegenüber dem Ergebnis von 1907 sogar einen Rückgang auf 82,1 Prozent. Daraus ergibt sich die zweite wichtige Lehre: Die auch nach 1918 fortbestehende, in ihrer Art einzig dastehende Stabilität der kirchlichen Parteien ist nur zurückzuführen darauf, daß die Frauen, die 1918 neu das Wahlrecht bekamen, den Ausfall an Männern wettgemacht haben. Das ist eine sehr ernste Warnung für die kommunistische Partei gerade im Hinblick auf die kommenden Wahlen. Stärker als es bisher der Fall war, muß die politische Aufklärungsarbeit unter den katholischen Frauen in Angriff genommen werden, wenn den Bürgerblockparteien, dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei, die wohlverdiente Wahlniederlage beigebracht werden

Arbeiterwohlfahrt noch 400 Mark; dagegen erhielt die Familie Schellenberg nebst Schwiegerohn Schmidt, die einen anerkannten Schaden von 2160 Mark hatten und vom Staat nur 1600 Mark Entschädigung bekamen, 30 Mt. von der Arbeiterwohlfahrt. Der Unterschied ist damit zu erklären, daß Hentschel leitender Funktionär und Schellenberg nur Parteimitglied ist. Selbst Parteigenossen, die nicht innerhalb der Hochwasserzone wohnten, deren Scherbergärten aber vernichtet waren, erhielten von der Arbeiterwohlfahrt 50 Mark. Andererseits haben Familien, die ihren Ernährer durch das Hochwasser verloren haben und sich deshalb in heillosen großer Not befinden, aber nicht eingetragene Mitglieder der SPD sind, keine Abfindungssummen von der Arbeiterwohlfahrt erhalten.

Von der Weihnachtsveranstaltung der Arbeiterwohlfahrt in Mühlhals-Häfelich, die zu gleicher Zeit für Schlottwitz und Neuburghardswalde mit veranstaltet worden war, wollen wir hier nichts erwähnen, obwohl auch hier nach einer Methode verfahren wurde, die die parteiliche Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt kennzeichnet. Wir fordern die Leitung der Arbeiterwohlfahrt auf, sich zu diesen angeführten Beispielen zu äußern und tragen besonders Herrn Viktor, ob das die „legensreiche“ Fortsetzung des Werkes der ZSH sein soll. Mit einer solchen Tätigkeit hat die ZSH nichts gemein, und Viktor richtet sich hiermit vor selbst, denn so etwas verurteilt er schon damals in einer anderen Form in der ZSH durchzuführen; das ist ihm aber nicht gelungen, und das war neben dem Befehl Sellmanns mit ein Grund zu seinem freiwilligen Ausscheiden aus der ZSH.

Die Arbeiter mögen an Hand der hier aufgeführten Beispiele erkennen, daß es notwendig ist, die Internationale Arbeiterhilfe in Zukunft noch mehr denn je zu unterstützen, damit diese Organisation bei ihren kommenden Aktionen noch Größeres leisten kann, und deshalb ergeht der Ruf an alle: hinein in den Bund der Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe!

Wie wählen die katholischen Proletarier? Wichtige Lehren einer Wahlstatistik

Von Peter Maslowki

Welcher Partei sollen nun die nicht für den Klerikalismus abgegebenen Stimmen zu? Die Feststellungen von Dr. Schauff belegen allgemein, daß die Katholiken, soweit sie nicht Zentrum oder Bayerische Volkspartei wählen, ihre Stimmen in der Wehrzahl nicht nach rechts, also zur Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen, sondern nach links, also nach den Sozialdemokraten und Kommunisten, abgeben. Es wird errechnet, daß nur 40 Prozent der nicht kirchlich wählenden Katholiken den Rechts- und 60 Prozent den Linksparteien ihre Stimme geben. In Bayern ist entsprechend der Tatsache, daß die Bayerische Volkspartei nicht reaktionärer ist als das Zentrum, dieser Prozentsatz der nach links wählenden Katholiken noch größer, nämlich 70 Prozent.

Das für die Bürgerlichen zwar, aber nicht für uns Kommunisten Überraschende dabei ist, daß die nach links wählenden Katholiken am stärksten zur KPD neigen. Schauff stellt fest: „Es ist auffallend, daß sich die katholischen Wähler, wenn sie vom Zentrum nach links gehen, zur radikalen Linken wenden.“ So entfallen auf die Kommunisten nach der Berechnung von Schauff allein 18 Prozent der katholischen Stimmen, während im Reich insgesamt auf sie nur 11,5 Prozent aller Stimmen kommen. Besonders weist Schauff auf den Regierungsbezirk Oppeln hin, der zu 88,5 Prozent katholisch ist, und wo doppelt soviel kommunistische wie sozialdemokratische Stimmen abgegeben werden. Ähnlich ist es auch in den anderen, fast katholischen Regierungsbezirken, wie Kachen und Düsseldorf, wo die katholischen Arbeiter, die mit dem Zentrum gebrochen haben, in größerer Anzahl KPD als SPD wählen.

Schauff hat auch auf Grund seiner Berechnungen festgestellt, wie sich die verschiedenen Parteien konfessionell zusammensetzen. Dabei ergibt sich, daß die Kommunisten 11,5 Prozent der katholischen Stimmen anbetreffend, von allen Parteien nächst dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei mit 21,8 Prozent Katholiken an der Spitze stehen.

Diese dritte große, entscheidende Lehre, daß die große Masse der katholischen Nichtzentrumswähler im Kommunismus liegt, ist für uns Kommunisten ganz besonders wichtig. Sie zeigt erstens einmal, daß auch die geschickteste, religiöse Beeinflussung nicht in der Lage ist, endgültig die proletarische Klassenbewegung zu ersticken. Zweitens ergibt sich daraus aber auch, daß unsere bisherige Politik gegenüber den katholischen Arbeitern im wesentlichen richtig war. Der SPD nutzt es gar nichts, daß sie in dem bestimmten Bestreben, katholische Arbeiterstimmen zu fangen, entsprechend ihrer Koalitionspolitik mit dem Zentrum in religiösem Sozialismus macht, einen Kirchenartikel nach dem anderen von den Sellmann und Radbruch schreiben läßt. Ein Buch mit der Glorifizierung des Katholizismus von Beyer herauszugeben und auf dem Umweg der bekannten Reichsbannerpolitik an die katholischen Arbeiter politisch heranzukommen, verfehlt. Selbst die so stark kirchlich-ideologisch belasteten katholischen Arbeiter fühlen den Klassenverrat, der in allen diesen Dingen liegt, heraus und wenden sich ab von der sozialdemokratischen Kampfbewegung und hin zu der kommunistischen Klassenkampfbewegung in seiner letzten Konsequenz und in seiner ausgeprägtesten Form.

Angesichts solcher Tatsachen kann man innerhalb unserer Partei nicht ernst genug auf die Wichtigkeit einer guten Politik zur weiteren Gewinnung der katholischen Arbeiter hinweisen. Ohne auch nur im geringsten unsere marxistische Weltanschauung zu verfehlern, müssen wir noch härter, als es in der Vergangenheit geschehen ist, uns mit den katholischen Proletariern auf den Boden des praktisch geführten Klassenkampfes begeben. Wir werden selbstverständlich anders als die Klassenverratlerische SPD, die kapitalistische Masse von Religion und Kirche in schillernder, nicht verletzender Form, auch gegenüber den katholischen Arbeitern auslegen. Nichtsdestoweniger werden wir, ohne Rücksicht auf etwa noch vorhandene religiöse und kirchliche Rücksicht, ohne nach dem Religionsbekenntnis zu fragen, in dem Augenblick des praktisch geführten Klassenkampfes, zum Beispiel bei großen Streikämpfen, mit allen katholischen Proletariern ehrlich zusammenzugehen und bemühen, in dem Bewußtsein, daß es das Proletariat als Klasse in den Kampf zu führen gilt, wenn wir mit dem Kapitalismus auch die bürgerlichen Parteien des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zerlegen wollen.

WIR KUNDGEBUNG

Freitag den 3. Februar 1930 Uhr im Kathol. in Reich.
Sonabend den 4. Februar 1930 Uhr im Kathol. in Reich.

Das junge Deutschland

(Jugendarbeiterkorrespondenz)

Die Ausstellung „Das junge Deutschland“ ist von Berlin nach Leipzig geschickt worden und ist dort, nachdem sie etwas für lässliche Veränderungen „überarbeitet“ worden ist, am Sonnabend, dem 2. Januar 1928, eröffnet worden. Die Dresdner Freie Gewerkschaftsjugend veranstaltet eine Sonderfahrt zur Besichtigung dieser Ausstellung. Schon heute müssen wir als Kommunistischer Jugendverband unsere Stellung zu dieser von „allen Verbänden“ beschickten Ausstellung fundieren und diese Ausstellung, ihren Sinn und Zweck grundsätzlich in den Reihen der Jugendarbeiter diskutieren.

Der Reichsausschuss Deutscher Jugendverbände ist der Veranstalter. Ihm gehören über 90 verschiedene Jugendverbände an. Bismarck-Jugend, Königin-Luise-Bund, Jungdeutsche Schwesternschaft, sämtliche religiösen Jugendorganisationen, Sozialistische Arbeiterjugend, Freie Sozialistische Jugend, „Naturfreunde“ und die Jugendfektionen der freien Gewerkschaften sind in diesem trauten Verein versammelt, um gemeinsam der Jugend die Verwirklichung von Freiheit- und Jugendforderungen zu „betreiben“. — Die Verwirklichung dieser Forderungen: Freizeit und Jugendschutz, soll aber heute nicht durch Wirtschaftskampf mit der erwachsenen Arbeiterschaft, nicht durch energiegelassenen Kampf gegen die Mächte der Wirtschaft, den Kapitalismus, herbeigeführt werden, sondern durch das „Appellieren an die Einsicht der verantwortlichen Leute in Industrie und Regierung“. Das ist das „Programm“ des R.A.J., das Mittel zur Propagierung des Freizeitgedankens und der Jugendschutzforderungen soll diese Ausstellung sein. Mäher dieser Ausstellung bombardiert der R.A.J. die bürgerlichen Parlamente mit Vorschlägen und Entwürfen — erfolglos natürlich. Soll man mehr von dem R.A.J. und dem bürgerlichen Parlament erwarten? Dienen die bürgerlichen Jugendorganisationen überhaupt nicht dazu, die arbeitende Jugend zu verdammen und den Einfluss und die Stellung der Bourgeoisie innerhalb der arbeitenden Jugend zu sichern?

Bei der Berliner Ausstellung war zu verzeichnen, daß die freien Organisationen wie ADGB, KJL-Bund und die sozialistischen Jugendorganisationen mit ihrem wenigsten und dazu noch schlechtesten Material von den Industrie- und Gewerkschaften und den nationalen und christlichen Jugendverbänden und deren reichem Material geradezu erdrückt worden sind. Vom Sinn und Zweck der freien Gewerkschaften und ihren Aufgaben war nichts zu sehen, keine Andeutung davon, daß in den freien Gewerkschaften auch Erziehung zum Klassenkampf getrieben werden muß. In der Mitte des vom ADGB eingenommenen Raumes stand die Gestalt eines „Jugendbewegten“ Pantlers, nackte Baden, kurze Hosen, Mittel- und lange Haare. Die „Gestalt vom hohen Reichener“, bürgerliche Jugendbewegung nach circa 2 Jahrzehnten, der Sinn der Erziehungsarbeit der Jungproletariat in den freien Gewerkschaften.

Die Sozialistische Arbeiterjugend brachte in ihrer kleinen Ecke, die sich neben den großen Plätzen der christlichen Organisationen einfach jämmerlich ausnahm, eine ganz müßige Sache:

„Geht Raum — daß wir wieder Straßen zum Himmel sehen und unserm Traum — der Sonne verdrüßelt entgegengehen“.

Alles andere Ausgestellte, Bilder von Jugendtagen, Volkstänzen, Spiel und Sport, und eine Reihe von Schriften des Arbeiterjugendverlags unterschiedlich sehr wenig von dem Material der bürgerlichen Organisationen. Die SAJ hat, speziell in Dresden in ihrer Jugendzeitung, ziemlich „entwässerte“ Miene zum Hölle Spiel gemacht, die daraus entstandene Mißstimmung scheint aber der freudigen Erwartung über die angeblich besser von der SAJ beschickten — Leipziger Ausgabe des „Jungen Deutschlands“ gewichen zu sein.

Es erübrigt sich, im Rahmen dieses Aufsatzes über die einzelnen Abteilungen der Leipziger Ausstellung zu schreiben.

Der Landesauschuss Sachsen der deutschen Jugendverbände, die „Epochenorganisation der Verbände der Jugendbewegung und Jugendpflege aller Richtungen und Weltanschauungen“ hat für diese im Leipziger Ringelhaus stattfindende Eröffnung alles in Bewegung gesetzt, die Reklametrommel gerührt und die Presse mit „Material“ übersättigt. Man wird einen guten Volksgemeinschaftsabend finden und versuchen, damit die Klassenkämpfe zu verkleinern. „Spiel, Tanz und Lied werden das Leben, Wollen und Weisen der Jugend in lebendigen, vom Geist der Jugend getragenen Veranstaltungen zeigen“. Ueber die traurigen Kapitel des kapitalistischen Systems, Jugendschutz — Jugendrecht, von denen auch bei dieser Ausstellung bestimmt etwas durch das „Lorgium zusammengestellt“ Material hämmern wird, will man mit Spiel und Tanz hinweg „interzellieren“. Die Freie Gewerkschaftsjugend veranstaltet einen Heimabend unter dem Motto „Vom sozialen Kampf der Arbeiter“. Von den Waffen des proletarischen Klassenkampfes ist man vor, weil in dem Ausstellungsmaterial der SAJ kein Satz davon zu finden ist. Dasselbe dürfte mit den Ausstellungsobjekten der SAJ der Fall sein, wobei doch der Berliner Bezirksvorsitzender anlässlich der Berliner Ausstellung keinen Widerspruch logar das Tragen von roten Fahnen und Transparenten. Eine Kundgebung im Neuföllner Volkspark mit den anderen, dem R.A.J. angehörenden Organisationen fiel dadurch ins Wasser. Der Volksgemeinschaftsleiter weichte auf, und das Gebäude ging in Trümmer. Jetzt hat man die Angelegenheit für Sachsen aufgegeben.

Wir als Kommunistische Jugend stellen fest: Die Ausstellung wird nicht von den Massen des Jungproletariats getragen, sondern sie wird von den Beauftragten der Bourgeoisie unterstützt. Der wahre Charakter der Ausstellung läßt sich Volksgemeinschaft vor und soll die immer größer zutage tretenden Klassengegensätze innerhalb der Jugend verwischen, überbrücken und eine „friedliche Lösung“ der Jugendfragen, und Freizeitforderungen anstreben. Der Profit der Unternehmer wird auf keinen Fall angegriffen, sondern respektiert. Aber könnte das anders sein bei einer Ausstellung, an deren Finanzierung gerade die Bourgeoisie namhaften Anteil hat? Die Bourgeoisie gab das Geld, alle an ihr beteiligten „freien“ Organisationen von der Sozialistischen Arbeiterjugend bis zur freien Gewerkschaftsjugend mühten naturgemäß Konzeptionen an das Bürgerium machen. Wie groß diese Konzeptionen sind, ging schon bei der Berliner Ausstellung hervor, indem Ollenhauer als Vertreter der SAJ logar nationalistische Auftritte unternahm. Leipzig kann nichts anderes als Bekenntnis der SAJ-Führer und der Führer der freien Gewerkschaftsjugend zum Gedanken der „Volksgemeinschaft“ sein.

Die Mitglieder dieser Organisationen müssen sich darüber klar werden, daß nur die Einheitsfront der Jugendarbeiter mit der erwachsenen Arbeiterschaft diese ureigenen Forderungen der proletarischen Klasse durch Klassenkampf und durch die proletarische Revolution zu erkämpfen imstande ist. Das Ziehen des Trennungstriches durch alle proletarischen Jugendverbände zwischen sich und dem Reichsausschuss Deutscher Jugendverbände ist der erste Schritt zur Verwirklichung des gemeinsamen Kampfes der proletarischen Jugend. Der nächste und wichtigste Schritt ist die Bildung eines kampffähigen proletarischen Jugendpartei für die Vorbereitung des Kampfes der proletarischen Jugend für die Vorbereitung der proletarischen Arbeiter, 4 Wochen Ferien, den 6-Stunden-Tag für jugendliche Arbeiter, 4 Wochen Ferien, die wichtigsten Forderungen, die aber nur gelöst werden können durch die proletarischen Jugend selbst — ohne und gegen die gescheiterten Bemühnisse der bürgerlichen Organisationen. Der

Kommunistische Jugendverband führt den Kampf entschlossen für die Forderungen des Jungproletariats und steht deshalb nach wie vor gegen den bürgerlichen Reichsausschuss Deutscher Jugendverbände und seine Lakaien.

Eisenbahnerlos

Der Dresdner Eisenbahnerhelfer Hönig verunglückte tödlich beim Rangieren eines Güterzuges auf dem Bahnhof Schandau. Der Unglücksliche geriet zwischen die Räder, wobei ihm der Brustkorb so eingeklemmt wurde, daß der Tod sofort eintrat. Hönig war 55 Jahre alt.

Ein Selbstmordversuch in der Autodroste.

Am Sonnabendnachmittag fuhr vor der 13. Sicherheitspolizeiwache in der Schillerstraße der Fabrikant Max Ulrich aus der Nischenstraße in einer Autodroste vor. Beim Eintreffen zog er einen Revolver und schob sich eine Kugel durch den Kopf. Entgegen der Meinung des Dresdner Anzeigers wird uns mitgeteilt, daß U. nicht tot sondern schwer verletzt wurde. Er soll sich im Krankenhaus befinden. Man nimmt an, daß U. wegen geschäftlichen Mißerfolgs Hand an sich gelegt hat.

Ein 14-jähriger Schulknabe tödlich überfahren. Am Sonnabendmorgen gegen 8 Uhr wurde auf der Kesselsdorfer Straße an der Einmündung der Grenzstraße ein 14-jähriger Knabe von einem südlichen Autolaut angefahren. In den dadurch erlittenen schweren Verletzungen ist das Kind kurz darauf gestorben.

Überfahren wurde eine Dresdner Konzertfängerin durch überhitztes Vorbefahren einer Autodroste an einer Straßenbahnhaltestelle vor dem Hauptbahnhof. Sie erlitt dabei einen Knochenbruch und mehrere Fleischwunden und mußte sofort in ein Sanatorium transportiert werden.

Angesehen von einem Kraftwagen wurde am Freitagabend an der Kreuzung Webergasse ein 19-jähriger Postrausfahrer. Er mußte der schweren Verletzungen wegen dem Krankenhaus zugeführt werden.

In ein Auto hineingelassen. An der Kreuzung Schnorr- und Reichstraße verunglückte ein Mann dadurch, daß er in einen Kraftwagen hineingelassen. Mit glücklicher Wende nur leichten Verletzungen wurde er in seine Wohnung gebracht.

Strassenbahnunfälle. Umleitungen in der Nacht zum Dienstag den 31. Januar von 1—5 Uhr: Linien 7 und 10 zwischen Postplatz und Kesselsdorfer Straße in beiden Richtungen über Ostra-Allee, Weiserstr. und Postplatz; Linie 10 zwischen Falkenbrücke und Körnerstraße in beiden Richtungen über Ammos- und Körnerstraße. Umleitung: Linie 15 am Postplatz und an der Falkenbrücke. Beförderung auf der Zwischentrecke durch Kraftomnibus.

Strassenbahnunfälle. Nachtwagenumleitung in der Nacht zum 31. Januar von 1 bis 5 Uhr: Linie 2 in der Richtung Altenberger Straße vom Nützenplatz über Vorsberg, Schandauer, Altenberger, Augustburger Straße; Linie 10: in der Richtung Vitenhauerstraße ab Nützenplatz nach und von Bergmannstraße

Der sowjetrussische Staatschor im Dresdner Gewerbehaus

Er ist einer der ältesten Chöre Europas. Im 16. Jahrhundert als „Chor der Kaiserlichen Vorleser“ für den Kirchenchor gegründet, gewann er bald mächtige Bedeutung für das musikalische Leben Russlands. Unter der Herrschaft Peters des Großen wurde er schon als Opernchor verwendet. Im 18. Jahrhundert war er berühmt und durch seine wunderbaren Leistungen und sein herrliches Stimmaterial bereits in ganz Europa bekannt. Die berühmtesten Sänger sind zu jeder Zeit aus seinen Reihen hervorgegangen. Dann kam der Weltkrieg und die Revolution. Der Chor wurde erhalten und ausgebaut — selbst während der Jahre des Bürgerkrieges. Heute steht an seiner Spitze Professor Klimoff vom Leningrader Staatsonkernatorium. Es muß wirklich ein „Barbarenvolk“ sein, welches solche Einrichtungen pflegt. Vor 10—11 Jahren kaiserlicher Chor — heute sowjetrussischer Staatschor! Die anwesenden russischen weigardistischen Emigranten wurden sehr nachsichtig, als sie sahen, was unter der Herrschaft des russischen Proletariats aus diesem Chor geworden ist. Zwar war das, was geboten wurde, nicht die russische Volksseele von heute, wenn sie auch ein wesentlicher Bestandteil der russischen Volkskunst ist. Auch der große Unterschied zwischen der „Mauve Blau“, die bewacht die revolutionäre Tendenz pflegt, fällt auf. Einfach und leicht in Wesen und Kleidung die Choristen, ohne groteskische Gesten der Dirigent, ohne Pathos die Einzelstimmen. Das war das neue, im kollektivistischen Sinne erprobte Rusland, das uns in diesem Chor entgegenkam! Schon äußerlich wirkten diese einfach gehaltenen sympathischen, als etwa die Donkosaken. Und sie fanden mit ihrer Auslese von „Liedern der Väter Russlands“ eine begeisterte Zuhörerchor. Ueberzeugend und wichtig das eingangs gebrauchte Reigenlied „Im dunklen Wald“ von Pasternak. Dirigent, Gesangschor und die blendenden Einzelstimmen verflochten im Verlaufe des Abends zu einem Ganzen. Wie sie sangen und diese schweren Chorgesänge behandelten! Der kleinste, vielleicht siebenjährige Knirps von sowjetrussischem Staatsbürger nahm seine Aufgabe genau so ernst wie die jungen Mädels mit ihren hellen Sopran- oder schmerzlichen Altstimmen und die schmerzlichen Tenöre und mächtig dahinstürmenden Bässe. Es war begeisternd. Das ist musikalische Kultur. „E wnamem“, das Lied der Vorkriegszeit mit seinem flüchtigen „Nicht sei an, nicht sei an“ zu machtvoller Stärke anschwellend und voller Resignation ausklingend. Schnell und lebhaft in einem eigenartigen, aber schönen Rhythmus ein Tanzlied von Orlow, ein Räuberlied von Muferski und Pasternak. „Ich werd ein Baumchen pflanzen“, Klimoffs verständnisvolle Führung brachte die musikalischen Feinheiten und die Schönheit des Satzes außerordentlich zur Geltung. Den stärksten Eindruck von den Liedern des 1. Teils hinterließ Pasternaks „Auf dem Mutterflusse Wolga“. Es mußte wiederholt werden. Auch der zweite Teil des Programms war ein Erlebnis — schon für den, der der russischen Sprache nicht mächtig ist und sich an Hand einer Uebersetzung den Inhalt der Lieder selbst verinnbildlichen mußte. Noch mehr Erlebnis für den, der den Text unmittelbar verstehen konnte. Ueber Armeniens, ein drittschönes Gesellenlied und drei ukrainische Volkslieder, bei denen besonders Davidowits „Banduro“ den Sängern eine schwere Aufgabe stellte, waren Ausklang — bis auf die Zugaben, die sich die mitgeriffenen Zuhörer erzwangen.

Dieser Konzertabend hat wieder einmal den Gegnern und Verleumdern der Sowjetunion eine moralische Niederlage bereitet. Der sowjetrussische Staatschor hat den von einer bürgerlichen und sozialdemokratischen Pressemeute vertretenen Standpunkt vom Stillstand und Rückschritt im künstlerischen Leben Russlands als Folge des bolschewistischen Systems in außerordentlich wirksamer Weise Lügen gestraft. Im Dresdner Staatlichen Opernhaus haben kürzlich die Choränger „aus bösem Willen“, nicht etwa aus Ueberanstrengung, in ihren Leistungen nachgelassen. — Das kapitalistische Deutschland bezahlt an einige wenige Größen Hunderttausende an Gehältern, hat am Himmel der Tendenz „einzelne „Sterne“ glänzen — die Choränger aber

(nicht nach Vitenhauerstraße); Linie 22: in der Richtung Altenberger Straße vom Nützenplatz über Vorsberg, Schandauer Straße.

Strassenbahnunfälle. Am Dienstag den 31. Januar wurden im Strassenbahnbetrieb folgende Veränderungen ein: Linie 19 fahren in der Zeit von 5,30 bis 8 Uhr und von 12 bis 20 Uhr alle 10 Minuten nach und von Nützenplatz, wobei bisher ein Wagen um den anderen. Die Strecke Laubegait-Nützenplatz erhält dadurch den 10-Minuten-Verkehr. Von Laubegait fahren die Wagen eine Minute früher ab als bisher. Die Linie 20 verkehrt in der Zeit von 5,30 bis 8 Uhr und von 12 bis 20 Uhr nach und von Laubegait Nützenplatz, wobei bisher, nur bis zum Strassenbahnhofs Laubegait, nicht, wie bisher, nur bis zum Strassenbahnhofs Laubegait. Der 5-Minuten-Verkehr wird dadurch bis Laubegait ausgedehnt. Die Linie 26 bekommt die 6-Minuten-Wagenfolge statt der bisherigen 10-Minuten-Folge. Die Fahrzeit, die bisher länger als die Fahrzeit der gleichen Strecken mitbenutzenden Linien war, ist der Fahrzeit dieser Linien gleichgestellt worden. An der Linie 10 wird von Uebigau, von Witten und von der Vitenhauerstraße eine Minute später als bisher abgefahren. Es werden Sonderwagenfahrten Barbarossa-Platz — Bilderberg eingerichtet. Die Wagen verkehren von 6 bis 8 Uhr und von 16 (Sonnabends von 12 Uhr) bis 20 Uhr alle 10 Minuten. Nicht mehr nach und von der Altenberger Straße gefahren. Das Fahrziel wird wie üblich durch Stern-Verkehr und Nützenplatz gekennzeichnet. Die Wagen tragen keine Liniennummern. Auf der Omnibuslinie A verkehren die Zwischenwagen von 12 bis 15 Uhr nur bis zum Hauptbahnhof, nicht mehr bis Nützenberger Straße. Diese Maßnahme war wegen ganz geringerer Belegung der Wagen auf letzterem Streckenteil nicht zu umgehen.

Das zehnte Sinfoniekonzert findet Mittwoch den 1. Februar 20 Uhr im Gewerbehaus statt. Leitung: Generalmusikdirektor Eduard Morike. Orchester: Dresdner Philharmonie. Solisten: Kammerlängerin Margarete Siems. Zur Aufführung gelangt: (Bagner-Abend) Concerto: Fliegender Holländer; Siegfrieds Tod; Boris Godunow; Tristan und Isolde; Concerto für Klavier und Orchester; Waldwehen; Siegfried; Trauermarsch; Götterdämmerung; Schlußzene der Walküre; Götterdämmerung; Lichterfeier für die R. 5901—6300 und 2101—2500 und Nr. 4. — Mitglieder der Dresdner Volkshilfe G.B. erhalten bei den Sonntagkonzerten der Dresdner Philharmonie gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte eine Ermäßigung von 50 Pf. für jeden Platz.

Erste Briefausstellung in Dresden. Um den vielfachen Wünschen der Briefempfänger entgegenzukommen, soll vom 30. Jan. an die 1. Briefausstellung in Dresden wesentlich verfrüht und früher beendet werden, in der inneren Stadt gegen 9 Uhr, in den Randbezirken zunächst bis gegen 9,30 Uhr und in den äußersten Enden bis gegen 10 Uhr. Die Beförderung der Zustellwagen von jetzt 2 1/2—3 1/2 Stunden auf 2 Stunden für die innere Stadt und etwa 2 1/2 Stunden für die Außenbezirke verurteilt der Reichspost nicht unwesentliche laufende Personalausgaben; sie bedingt ferner, daß die Zustellung auch im Innern der Stadt gegen 7 Uhr beginnen muß. Es wird daher gebeten, durch rechtzeitiges Aufschieben der Haustüren und sonstige Maßnahmen dazu beizutragen, daß die Zusteller ihre Post auch loswerden und daß sich so die Verbesserung zum Nutzen der Allgemeinheit voll auswirken kann.

Plena. Die Wiederholung der Aufführung der „Internationale“ findet am Freitag den 3. Februar im Volkshaus Vorna statt. Die KPD-Agipropagatoren der Betriebs- und Strassenstellen haben freien Eintritt, sofern sie einen Ausweis vorweisen.

Sinfonie der Großstadt

(Film im U)

Walter Rutimann und Carl Freund hätten mit diesen Bildstreifen wirklich etwas Außerordentliches, Zeitgemäßes russischer Filmmusik geschaffen können. Von diesem Film an hätte eine neue Epoche der Kamera beginnen können. Geworden ist eine etwas verworren und sensationell aufgemachte „Woge der Epoche“, wie sie alltäglich im Beiprogramm der Kinotöpfe erscheint.

Bilder! Denn erstreckliche Ansätze sind ohne Zweifel vorhanden. Dieser Film — ohne Schauspieler — (nur Hermann Fisch erscheint einmal in einer Rolle) hat einige gute, ja sogar hervorragende Momente. Momente, die bei einem breiten Publikum seelische Erschütterungen auslösen — können. Das Uebermaß toter Strecken, innerlich leerer Längen aber erdrückt diese Bereitschaft von vornherein.

Rutimann und Freund haben ihren grandiosen Stoff nicht nur nicht gemeistert, nein, nicht einmal gegliedert. — was selbst von der kompliziertesten Sinfonie erwartet werden muß. Gerade Jazzsinfonien zeichnen sich durch strengste Synchronisierung aus.

Das Fehlen jeglichen Legtes, konstruktivistische Rhythmen und die Parole: Wege zu abstrakter Bildgestaltung machen noch lange keinen neuen Film.

Gelieben ist eine Bilderfolge angeblich großstädtischen Lebens. Eines Lebens, in dem der Werkstätte um 5 Uhr die Straße bevölkert und die herrschende Klasse um 9 Uhr den Morgenritt unternimmt. Hier liegen die, leider beträchtlichen Mängel des Films. Er ist für die Massen viel zu wenig kontrastiert und pointiert!

Gewiß, wer Augen hat zu sehen, sieht es auch so. Schmutz und Glend der Werkstätten, Stumpfheit ausgepörrter Arbeiter, Verzweiflung der Selbstmörderin, Kläglichkeit des Kippenstehers, Schlemmerel mondainer Huren, gepfeiften Geistes eines kulturellen Jerfaks, — der nur die notwendige Folge künstlich aufgeblähten kapitalistischen Systems ist.

Aber: Diesen tausend Einzelheiten fehlt die Bindung, fehlt die Ballung. Wie ein Kollektiv-Schicksal folgerichtig von einem Kollektiv-Willen geleitet werden muß und wird, das zu zeigen wäre verdienstlich gewesen.

Doch der Arbeiteragitator wird (1. Film) von der Förgiebel-polizei verhaftet. Das ist alles — was auch dieser Film den Proleten leider nur zu sagen hat.

Die Verlogenheit ist genau so groß, wie im primitiven Kintopp vor 20 Jahren, (der als Kultur(?)parasitismus zuvor gerühmt wird), doch weil minder leicht zu durchschauen, weit gefährlicher.

Das Eingepferchtsein, die Atomisierung, der seelische Leerlauf, die Begrenzung des tatsächlichen Bildfeldes aller wertvollen Großstädter war hart neben Luxus und Klassenbegierde zu sehen und darüber das Wehen roter Fahnen.

Statt dessen: Autos, Omnibusse, Bahnen, Verkehrsmittel. Tempo, Tempo — und nichts von den Millionen müde schlürfender Füße. Nur in Edmund Weulefs musikalischer Begleitung ist davon mehr zu spüren als im Film.

Also: ein Versuch, der schade, aber keineswegs vernichtend, vielmehr fördernde Kritik verdient. —

A Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Dresden u. Umg. A

DRESDEN ALTSTADT
Residenz-Büffet u. Konditorei
 Sachs & Co., Seestraße 7
 63444

Gustav Stürmer, Friseur, Lilienboulevard (Ecke Röhrhofgasse)
 Erweichern, Adorn- und Invaliden-Frisier, Haararbeiten 43 Plönitzg.
 63430

Dresdner Keks- u. Waffelfabrik
Bruno Johno, Dresden-Dobritz
 empfiehlt ihre Qualitätswaren!
 63081

MÖBEL-HESSE Rosenstraße 45
 Teilzahlung - Eigene Werkstätten
 63610

Uhren
Gold- und Silberwaren
Gustav Smy
 Moritzstraße 10 Telefon 26326
 63093

Tabakwaren - H. Fülle Moritzstr. 15
 63038

Dresdner Fischhallen
 Weberstraße 17
 Ecke Querstraße vom Altmarkt aus links 74-79
 63041

Dr. Johs. Haas & Co. Jüdenhof 3
 Spielzeug aller Art / Spezial-Kräftigerlifer
 63156

Zigarettenhaus Hermann
 Altonaer Straße 41
 63181

Solinger Stahlwaren
 kaufen Sie günstig
 in Spezialgeschäft von
C. Emanuel, Rampische Str. 31
 - E. L. E. Kasse Solinger-Schleifer -
 63187

Färberei - Chemische Reinigung
Gebr. Berthold, Wringstr. 8
 63073

Donkoff's
Gulz, Hoff & Co.
 Spezialgeschäft für
 Feinlinggewandstoffe

Haus- u. Küchengeräte
 Oskar Pietsch
 Große Büttelgasse 1
 63143

Um Alle!
 Auch Sie können sich
 aus Ihrem Stoff nach
 neuem Modus
 einen Anzug oder
 Mantel, einjchl.
 Saiten, für
 19.29,- an-
 fertigen lassen,
 da ich für guten
 Stoff nachnehme.
 Modellen an-
 gemessen.
Rich. Wolfert, Dresden-N.
 Gumnitz Straße 21, II. 63447

Palmhof
 Inhaber: E. Geißler, Palmstr. 25
 - Verkehrslokal der Arbeiter -
 63430

ZSCHACHWITZ
 Feinverarbeitete feine feine
 Dresdner Straße 7
 Zigaretten, Zigaretten
 63072

Genossen!
 kauft beim VEIT
 Pulzlinstraße 3
 63078

Emil Russig, Pirnaer Landstr. 16
 Fahrräder / Nähmaschinen / Werkzeuge
 Eisen- und Kupferwaren / Reparaturen
 63078

Krone-Drogerie
 Bernh. Hoffmann, Karlsruher 2
 Drogen / Farben / Photo
 63074

KRONE BLEIBT KRONE
 Jeden Sonntag im vollst. rezent. Saal
 Die beliebte Ballschau
 Eintritt Herren 30 Pf., Damen 20 Pf., Nich-
 tanzler 20 Pf. Tanzkol.
 Jeden Freitag: Der feine Damenball
 63073

Ballhaus / Gasthof Meußitz-Zschachwitz
 Jedes Sonntag BALL
 63073

DRESDEN-N.
Fahrräder
 Teilzahlung!
 Arthur Menzel jun., Nechtstr. 38
 63027

Konzert- und Ballhaus
„Zum Reichsbanner“
 (früher deutsche Reichskasse) Büchelweg 9
 63021

Köpenicker Hof, Hans-Sachs-Straße 23
 Verkehrslokal der organisierten Arbeiter
 63024

Papier- und Spielwaren
 Kurt Wünschmann, Nechtstraße 35
 63022

DRESDEN-PIESCHEN
Wieg. Schneider, Döbener Straße 23
 Schokoladen und Konfektwaren
 63021

Döbinger Döring
 Döbinger Straße 1, Eine Kisten für Döb.
 63023

Walter Krüger, Körnerstraße, Leipziger Str.
 6437 Pelzwaren, Hüte, Mützen, Herrensart.
 63011

Paul Härtel, Oschatzer Str. 25
Lederhandlung
Schuhmacherbedarfsartikel
 63018

Holz, Kohlen, Brikette
 Hermann Schubert, Altpieschen-4
 63018

Hirsch-Drogerie
 Arno Oppelt, Torgauer Straße 58
 Saucereien, Vorkaufswaren, Farben, Photo-
 Artikel
 63020

Kolonialwaren
Grünwaren
 ALFRED ARNOLD
 Kesselsdorfer Straße 4
 63087

Schokoladen
Konfektwaren
H. Marschan
 Leipziger Straße 148
 63013

Hauschl. Fleisch-
und Würstwaren
Paul Colles
 Torgauerstraße
 63015

Akku-
mulatoren
Luscher
 Oschatzer Straße 17
 63017

BLASEWITZ
Gasthof zu Blasewitz
 Billigstes Speisehaus
 Freitag
 und Sonntag
 Eigene Fleischerei
 feiner BALL
Schillerplatz 11
 63070

W. Uhlig, Kesselsdorfer Straße 33
 Spezialgeschäft für Kleiderstoffe, Herren-
 u. Damenwäsche, Trikolagen, Wollwaren
 63005

Feinbäckerei von Rich. Döbritz
 Kesselsdorfer Straße 33
 63008

Drogerie z. weißen Kreuz
 Alfred Seemanns
 Kesselsdorfer Straße 26 Telefon 14402
 63007

Curt Bagehorn, Kesselsdorfer Str. 10
 empfiehlt
Goldwaren, Uhren, Bestecke
 63003

Reinwaschlerei und Lebensmittel
 von Marie Teich, Reisewitz Straße 2
 63006

J. Diefenthaler, Reisewitz Straße 7
 Eisenwaren, Werkzeuge, Oefen
 und Herde, Küchengeräte
 63010

Max Scheibe
 Lößlicher Str. 2 Kropfstr. 21
Kartoffeln, Futtermittel
 Telefon 17821
 63011

GERHARD RÖMER
Delikatessen, Konserven
Kolonialwaren
 Saalhausener, Ecke Kesselsdorfer Str.
 63012

DR-FRIEDRICHSTADT
 Friedrichsbad
 Manufaktur- und Wollwarenhaus
 Richard Wetzmann, Weichersitz 20
 63014

Josef Müllers Restaurant
 Schöferstraße 24
 63009

MÖBEL-FABRIK
RICHTER & MÜLLER
 Ausstellungsräume:
 Weichersitz 14 / Ecke Feledringsstr.
 63011

H. Arweller / Inh.: M. Ruffert
 Woll- u. Weißwarengeschäft
 Schäferstraße 56
 63100

Brandenburger Hof
 Berliner Straße 26, Ecke Peterstraße
 Karl Weigel - Fernruf 22078
 63110

Zigarettenhaus Max Heine
 Schöferstraße 49
 63078

Apotheker Hans Steinbock
 Schöferstraße, Ecke
 Drogerie Mangelstraße Drogerie
 63145

Textilwaren
 Hedwig Dietrich, Schäferstraße 47
 63149

DRESDEN-STRIESEN
 Verkauf und Reparatur von Uhren
 Gustav Zeeze, Marsgraben-Hof-Str. 13
 63014

Gurt Hähnel
 Fischereistraße, Markt-
 platz-Bahnhof-Straße
 Ecke Altonaer Str.
 63013

Restaurant
Brückel
 Altonaer Str. 3
 63014

Otto Jenge / Witzleben 7
 Schuhreparaturen (alle u. preiswert)
 63017

Striesener Ratskeller
 Altonaer Str. 15
 63018

Fahrräder / Reparaturen
 Anzahlung 10,- RM - Wechselrate 2,- RM
J. Kubis, Schandauer Straße 59
 63019

Strompl. Hoffmann
 Strümpfe - Wollwaren - Trikolagen - Herren-
 artikel am billigsten!
 63020

Fahrräder (Diamant, Mars, Triumph)
 Gustav Schmidt, Auguststraße 23
 63003

TABAKWARENHANDLUNG FRANZ LEHMANN
 Auguststraße 27 Ecke Torgauerstr. Zweig-
 geschäft: Wittenberger Str. 31
 63002

DROGERIE
 am Kronprinzenplatz
Spezialgeschäft für sämtl.
Photo-Arbeiten
 Großes Lager in Photoapparaten
 63001

Blumenhaus Budde
 empfiehlt lebende Blumen
 Reifebörger Straße 28, Telefon 11273
 63045

Lederhandlung Emil Göbel
 Kesselsdorfer Straße 30
Leder-Ausschnitt, Schuhmacherartikel
 63004

E. Müllers Kaffeehaus
 täglich frisch gebrühten Kaffee
 Reifebörger Straße, Ecke Döbingerstr.
 63004

Jede Dame in Armabende arbeitet um
 Bernh. Scheunert, Löbtauer Str. 92
 63045

Hermann Kunzsch
 Biergroßhandlung und
 Mineralwasserfabrik
 Reifebörger Str. 16, Telefon 19009
 63104

Der gute Trunk Reisewitz Bier!

W. Uhlig, Kesselsdorfer Straße 33
 Spezialgeschäft für Kleiderstoffe, Herren-
 u. Damenwäsche, Trikolagen, Wollwaren
 63005

Feinbäckerei von Rich. Döbritz
 Kesselsdorfer Straße 33
 63008

Drogerie z. weißen Kreuz
 Alfred Seemanns
 Kesselsdorfer Straße 26 Telefon 14402
 63007

Curt Bagehorn, Kesselsdorfer Str. 10
 empfiehlt
Goldwaren, Uhren, Bestecke
 63003

Reinwaschlerei und Lebensmittel
 von Marie Teich, Reisewitz Straße 2
 63006

J. Diefenthaler, Reisewitz Straße 7
 Eisenwaren, Werkzeuge, Oefen
 und Herde, Küchengeräte
 63010

Max Scheibe
 Lößlicher Str. 2 Kropfstr. 21
Kartoffeln, Futtermittel
 Telefon 17821
 63011

GERHARD RÖMER
Delikatessen, Konserven
Kolonialwaren
 Saalhausener, Ecke Kesselsdorfer Str.
 63012

MUSIKHAUS ARTIS
 Bekannt für größte Auswahl in
 Apparaten u. Platten, Marschallstr. 31b
 63013

P. Gansmann, Reifebörger Straße 18
 Spezialität: feine Lederwaren
 Sport- und Kleiderartikel
 63078

Restaurant Gustav Schröder
 Kronprinzenstraße, Ecke Reifebörger Straße
 63015

Bierhandlung, Mineralwasserfabrik
 Heide u. Bahle
 Wilmstraße 43 Telefon 17456
 63074

Holz- und Kohlenhandlung
 Franz Kämpf, Bünaufstraße 60
 Tel. 10496
 63076

F. Jung, Neilewitzer Straße 19
 Sattlermeister
 feine Lederwaren u. Kleiderartikel
 63077

Restaurant zum Sängerklein
 Adolf Baumert
 Wernestraße 38 - Tel. 12520
 63080

Nake-Pralln
 stets frisch, gut und billig
 Eichendorff, Ecke Lößlicher Straße
 63178

Restaurant „Zum Heiligen Blick“
 Inhaber E. Heuser / Feudorger Straße 81
 Ausschank Reisewitz Biers
 63178

Restaur. „Zur Deutschen Eiche“
 Inh. E. Kottic, Tharandter Straße 46
 Verkehrslokal der
 Arbeiterschaft vom Löbtau
 63174

Restaur. „Zur guten Quelle“
 Inhaber E. Schneider
 Frankenberg-, Ecke Reisewitz Str.
 Aufenthaltsort für alle Löbtauer
 Arbeiter / Gut gepflegte Biere
 63178

Zigaretten- und Zigarettenhaus
MAX GLÖCKNER
 Kesselsdorfer Straße 40 und 47
 63072

Wübbelager, Lederwaren
Fr. Raul, Reifebörger Straße 73
 Gürtel und Portefolios
 63171

**Ernst Britze, Reisewitz Str., u. d. Friede-
 vlnke / Karz-, Wall- und Schiffswaren**
 63078

Die Ausperrungsoffensive der Metallindustrie

Die Furcht der sozialdemokratischen Führer

U. Die sozialdemokratische Presse verkündet der deutschen Arbeiterschaft, daß die Ausperrungsoffensive der mitteldeutschen Metallindustriellen ein Ausdruck von Furcht und Schwäche ist. Zwei Armeen kämpfen in Mitteldeutschland gegeneinander, die Arbeiter wehren sich gegen die Herabsetzung des Reallohnes durch die Jolls, Mietpreis- und Steuerpolitik der Bürgerblockregierung. Sie fordern 15 Pf. Lohnerhöhung und keinen Pfennig weniger. Die Industriellen setzen alle Kräfte ein, um den Reichsarbeitsminister zu einem Sabotagebesuch zu veranlassen. Zwei Wege gibt es für die Industriellen: entweder Bewilligung der Arbeiterforderungen oder Einleitung aller Kräfte gegen die Arbeiter, d. h. vollständige Durchführung der Ausperrung. Die SPD-Presse nennt das „abblühende Unternehmertum“.

Die ehrenwerten Sozialdemokraten sind empört darüber, daß die Unternehmer durch Einleitung aller für sie zweckmäßigen Kampfmittel das Kräfteverhältnis zu ändern suchen. Statt zu warten bis zu den Reichstagswahlen. Wenn diese Einleitung der vorhandenen Kampfmittel durch die Unternehmer nach Aufhebung der SPD-Presse ein Ausdruck der „Furcht“ und Schwäche ist, so heißt das, im Kampfe zwischen Industriellen und Arbeiterschaft haben diejenigen die größte Aussicht auf Erfolg, die geringsten Kampfmittel einlegen. Diese Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hat sich bereits im Hüttenarbeiterkampf „glänzend bewährt“, wo auch von der Gewerkschaftsleitung erklärt wurde, daß zu erst die Metallarbeiterbewegung beendigt werden müsse und danach der Kampf der Bergarbeiter zu folgen hätte. Diese glänzende Strategie der Sozialdemokraten ist den Hüttenarbeitern teuer zu stehen gekommen: 2 Pf. Lohnerhöhung, 15 Pf. Lohnerhöhung für die Mehrheit der Metallarbeiter, Einführung der Sonntagsarbeit bei Dreifachlohn. Das Gebot von der „Furcht“ der Unternehmer soll die Furcht der sozialdemokratischen Partei vor Massenlämpfen verschleiern und den Bürgerblockminister als den starken Mann erscheinen lassen, der angeblich gegen die Metallindustriellen kämpft und deren Schicksalsprüche angeblich in der Regel den Arbeiterinteressen entsprechen. Es ist die Furcht vor der zunehmenden Gewalt der Arbeiter, daß die reformistische Politik der Führung der Kampfe in schmaler Front zwecks Verhinderung der Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft, gegen die Arbeiterinteressen gerichtet ist. Es ist die Furcht vor der Erkenntnis der Arbeiter, daß nicht die Gebete zum Reichsarbeitsminister die Einleitung der härtesten Kampfkräfte der Arbeiter erzielen können. Nur wer den Klassen Krawall als den Vertreter der Arbeiterinteressen betrachtet, und wer glaubt, daß dieser Arbeitsminister des Bürgerblocks den Staatsapparat gegen die Industriellen einsetzt, kann der Auffassung sein, daß die Arbeiterklasse ihre Forderungen in möglichst schmaler Kampffront durchsetzen kann.

Der Sinn der Ausperrungsoffensive

Die Industriellen haben im letzten Jahr planmäßig durch Abschluß langfristiger Tarifverträge bei gleichzeitiger Steigerung der Lebenshaltungskosten durch Jolls, Steuer- und Mietpreispolitik die Erhöhung des Reallohnes der Arbeiter verhindert. Abgesehen von der Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt und gewisser Erscheinungen der Abkühlung der Konjunktur in Deutschland sind die Industriellen gewillt, mit allen Mitteln eine weitestgehende Lohnerhöhung und Arbeitszeitverlängerung zu verhindern. Die Erhöhung der Löhne würde die Jolls- und Steuerpolitik zum Teil illusorisch machen, würde die Kapitalbildung weitestgehend erschweren und damit die Entwicklung des neudeutschen Imperialismus behindern. Die Taktik der Industriellen ist klar und eindeutig zum Ausdruck gekommen in der Mitgliederverammlung des Eisens und Stahlwaren-Industriebezirks in Elberfeld. Dort wurde vom Referenten gesagt:

Wir sind mit unserer Kapitalpolitik auf einem ganz falschen Wege. Es wird hart am Tarif festgehalten, auch in Zeiten abnehmender Konjunktur; man wird arbeitslos, erhält auf Kosten der Allgemeinheit Unterstützung, aber die Produktion wird nicht verbilligt. Früher verhandelte man in solchen Zeiten über Lohnerabsetzungen, verbilligte die Erzeugung und hob den Bedarf.

Nicht Lohnerhöhungen, sondern Lohnsenkung, Aufhebung der tariflichen Vereinbarungen im Interesse der „Wirtschaft“. Diese falsche Sprache führen die Industriellen deshalb, weil sie wissen, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer im Interesse der „nationalen Wirtschaft“ die Einleitung der ganzen Kampfkräfte

der Arbeiterklasse verhindern. Nachdem es den Industriellen gelungen ist, die Hüttenarbeiter mit 2 Pf. Lohnerhöhung abzuspeisen, glauben sie auch in den anderen Industrien die Arbeiter mit nichts oder mit Teilpennungen abfinden, ja vielleicht sogar Lohnerabsetzungen durchzuführen zu können. Die mitteldeutschen Metallindustriellen kämpfen auf Vorpfeilen gegen die Lohnerhöhung, denn wesentliche Lohnerhöhungen in Mitteldeutschland beeinflussen auch die kommenden großen Löhne- und Arbeitsbewegungen in allen Teilen des Reiches, insbesondere in Sachsen und Berlin. Eine Niederlage der mitteldeutschen Arbeiter bedeutet aber ebenso, wie die Niederlage der Hüttenarbeiter, nicht nur eine ökonomische Stärkung der deutschen Arbeiter, sondern auch eine politische Stärkung. Sie erleichtert den Industriellen, ihre Diktaturpläne durchzuführen. Wie die Niederlage der Hüttenarbeiter, so würde eine Niederlage der mitteldeutschen Metallarbeiter die Angriffsfront der Bürgerblock-Regierung und der Industriellen gegen die deutsche Arbeiterklasse, die Durchführung des Notprogramms und der Diktaturpläne fördern. Darin liegt die große Bedeutung des mitteldeutschen Kampfes für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Geschlossene Arbeiterfront!

In mühseliger Weise haben die mitteldeutschen Metallarbeiter bisher den Kampf durchgeführt. Die Ausperrungsmaßnahmen der Industriellen sind nur geeignet, die Front noch fester zusammenzuschließen. Eine Erschütterung der Arbeiterfront ist nur möglich, wenn die Gewerkschaftsleitungen den Weg der Unterordnung unter die Schlichtungspolitik gehen. Die erste Voraussetzung für die Festigung der Kampffront ist die Vignettierung der Gewerkschaften. Nur wenn die Gewerkschaftsleitungen offen den Arbeitern zeigen, welche faktischen Maßnahmen sie vorbereiten, nur wenn sie offen und ehrlich die Arbeiter informieren über ihre Verhandlungen mit den Industriellen und mit den Vertretern der Schlichtungsbehörden, werden die Arbeiter fest zusammenstehen. Wenn aber die reformistischen Führer, wie es in Berlin geschehen ist, auf die freche Äußerung des Reichsleiters des Reichsarbeitsministers, daß die Forderung 15 Pf. Lohnerhöhung überhaupt nicht diskutabel sei, nicht einmal antworten, dann bedeutet das Zerbrechen der Kampffront. Wenn die reformistischen Führer weiter die Unterstützung und organisatorische Arbeit mit Hilfe kommunaler Mittel oder durch Sammlung der JAH aus wütendste bekämpfen, dann helfen sie den Unternehmern, denn die Industriellen spekulieren darauf, daß die Unorganisierten infolge finanzieller Schwierigkeiten aus der Kampffront ausbrechen. Die Gelder, welche nach Auffassung der Kommunisten von den Kommunen bewilligt und von der JAH gesammelt werden sollen, sollen in erster Linie Verwendung finden für die Stärkung der schwächsten Punkte im Kampf und für alle in Betracht kommenden Arbeiter, ganz gleich, ob sie organisiert, unorganisiert, parteilos sind, der SPD oder der KPD angehören. Aber was tut die SPD? Sie schlägt vor, bewirkt die Arbeiterfront, indem sie eine Sonderunterstützung für die sozialdemokratischen Parteimitglieder und die mit der Sozialdemokratie sympathisierenden organisiert, um auf diesem Wege Arbeiter an die SPD zu fesseln und zu binden. Im Halleischen Volksblatt vom 26. Januar erschien folgender Aufruf des Vorstandes der SPD:

„An die SPD-Metallarbeiter! Der Kampf der Metallarbeiter um höhere Löhne wird voraussichtlich von längerer Dauer sein. Deshalb sind von parteigewisser Seite Mittel zur Verfügung gestellt worden, um den streikenden SPD-Metallarbeitern von Halle eine Sonderunterstützung in dem für sie besonders lächerlichen Kampfe zu leisten. Alle streikenden SPD-Metallarbeiter von Halle und den Vororten werden deshalb gebeten, ihre Adresse unter Vorlegung des Parteibuches und der Streikkarte im Parteisekretariat, Herz 2/14, Hof 2, abzugeben. Auch die streikenden Metallarbeiter, die — ohne direkt Mitglied der Partei zu sein — die Arbeit

Achtung Metallarbeiter!

Dienstag den 31. Januar, 18.30 Uhr im Reglerheim

Generalversammlung des ZMB

Kein oppositioneller Vertrauensmann darf fehlen!

An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(45 Fortsetzung)

„Ja, ER zeigte ihm nie.“
„Nun mühte Harven eine Frage stellen, die ihm später in der Achse stecken blieb:
„Gehörst du dem Ku-Klux-Klan an?“
„Ja.“
„Seit wann?“
„Seit dem Automobilunfall.“
„Automobilunfall? Harven haunte; Grace hatte ihm nie erzählt, daß sie je einen Automobilunfall erlitten habe. Ein Unfall, eine harte Erschütterung... in seinem Gehirn dämmerte eine Ahnung auf. Hastig, mit bebender Stimme fragte er weiter:
„Was für einen Unfall erlittest du?“
„Mein Auto stieß mit einem anderen zusammen, in voller Fahrt. Der Chauffeur wurde getötet, ich sah es (sie schauderte), es war entsetzlich.“
„Und die geschah nichts?“
„Ich wurde aus dem Wagen geschleudert, fiel aber bloß in Ohnmacht.“
„Und dann?“
„Ich wurde von den Umstehenden in einen großen Saal getragen... erwachte dort aus der Ohnmacht...“
„Weiter“, gebot Harven, da sie einen Augenblick verblühte. Seine Fulle flohen, nun hatte er nur mehr den einen Wunsch, alles zu erfahren, dem grauenhaftesten Geheimnis auf dem Grund zu kommen, festzustellen, ob seine Vermutung richtig sei. Die hypnotisierte Frau vor ihm war für ihn nicht mehr Grace, nicht mehr die über alle geliebte Frau, war Muriel Grace, die Mörderin, das Mitglied der verfluchten, die Mörderin, das Mitglied der gesellschaftlichen Vereinigung, ein Schädling der Gesellschaft.
„Es waren viele Menschen im Saal... eine große Versammlung... ein Mann hielt eine Rede...“ marmelte die einsidige Stimme.
„Wer war der Mann?“

„ER.“
Wieder dieses Geheimnis, das nicht einmal der Hypnose wich!
„Worüber sprach er?“
„Von unserem Land, unserem herrlichen Amerika, von den furchtbaren Gefahren, die es bedrohen.“
„Und du? Was empfandst du beim Anhören der Rede?“
„Nun kam Leben und Mut in die Stimme.
„Mein Herz flammte auf, loberte in Liebe für unser Land, in wilder Hahn gegen jene, die es bedrohen.“
„Wer sind jene?“
„Die Ausländer, die sich hier einschlichen, die Irländer, die Juden, und auch die Neger und die Roten.“
„Was sprach ER noch?“
„ER sagte, es sei die Pflicht jedes wahren Patrioten, jedes echten Amerikaners, gegen diese Menschen zu kämpfen, mit allen Mitteln zu kämpfen.“
„Und was tatest du?“
„Nach der Versammlung ging ich zu JHM, bei JHM meine Dienste an.“
„Und ER?“
„ER nahm sie an.“
„Kamst du häufig mit JHM zusammen?“
„Ja.“
„Was sprachst Ihr bei diesen Zusammenkünften?“
„ER lenkte meinen Blick in die rechte Bahn.“
„Sprach ER auch von John Rawley?“
„Ja, von diesem sprach ER viel, erklärte mir, er sei einer unserer gefährlichsten Feinde, würde das Land ins Verderben stürzen, wenn er noch lange lebe...“
„Und du hast John Rawley?“
„Wie ich noch nie einen Menschen gehaßt.“
„ER gebot dir, Rawley zu töten?“
„Ja.“
„Wann war dies?“
„ER gebot es mir einige Male.“
„Weshalb gebotest du nicht gleich?“
„Ein unglücklicher Ausdruck kam in Graces Gesicht, ihre Augen wurden vermerzt.
„Ich... ich weiß es nicht.“
„Wie drängte du unheimlich in Rawleys Zimmer ein?“
„Ich weiß es nicht... erinnere mich nur, daß ich erwachte, auf dem Sofa lag; er sah am Schreibtisch... mein Auge fiel auf den Tisch...“
„Was tatest du nach dem Mord?“

der Reaktion in Verklammungen und in der Werkstatt unterkühlt haben, werden gleichfalls aufgearbeitet, unter Vorlegung der Quittung des Volksblattes ihre Abreise abzugeben.

Der Vorstand, J. A. R. Schaumburg.

Tiele von der SPD organisierte Sonderunterstützung der sozialdemokratischen Arbeiter ist nichts anderes als ein Korruptionsversuch zum Zwecke der besseren Mobilisierung der sozialdemokratischen und anderen Metallarbeiter gegen die kommunistische Ortsobermacht in Halle.

Die sozialdemokratische Presse kämpft über die angebliche Zersplitterung der Arbeiter durch die kommunistische Partei. Aber was geschieht in Wirklichkeit? Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitungen und die sozialdemokratische Presse haben mit einer wütenden Hete gegen die kommunistische Presse begonnen, um damit zu verschleiern, daß sie bereit sind, sich einem Schand- und Schiedspruch ihres Hebräer Freundes, des Harvers Brauns, zu fügen. Im Halleischen Volksblatt vom 26. Januar wird gesagt:

„Der Klassenkampf“ spricht nun von einem „gemeinen Betrug reformistischer Führer“, mit denen er nach dem Streik abrechnen will, weil unsere Presse merkt die unpermanente, viel deutlichere Revolution veröffentlicht hätte. Warum diese Kläfferei, und erst nach dem Streik abrechnen?“

Die SPD-Presse erklärt also ausdrücklich, daß sie gar nicht daran denkt, die Auseinandersetzungen bis nach dem Kampf zu vertagen, sondern gewillt ist, während des Kampfes mit allen Mitteln im Interesse der Sozialdemokratischen Partei die Hete gegen die KPD zu treiben. Und in der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion der Metallarbeiter wird gesagt:

„Die Resolution ist in ihrer ersten Fassung von der Gesamtsitzung der SPD in Coblenz eingebracht und richtet sich nur gegen die kommunistische Presse.“

Es wird also offen zum Ausdruck gebracht, daß die sozialdemokratische Fraktion auf der Coblenzer Konferenz der Vertreter der Ortsobermächtigten des ZMB den Kampf gegen die kommunistische Presse aufgenommen hat. Statt die Kampfmaßnahmen gegen die Unternehmer zu erörtern, hat die sozialdemokratische Fraktion wirklich erreicht, daß sowohl die Coblenzer, wie die Halleische Konferenz sich vorwiegend mit dem Kampf gegen die kommunistische Presse beschäftigte im Interesse der Wahlvorbereitungen der Sozialdemokratie.

Die Verleumdungskampagne gegen die kommunistische Partei und ihre Presse geschieht nicht nur in Mitteldeutschland, sondern geschieht auf Anweisung des Parteivorstandes der SPD in allen Gewerkschaftsorganisationen des Reiches. Es ist notwendig, daß die Arbeiter dafür sorgen, daß diese Auseinandersetzungen über die Stellung der kommunistischen und der sozialdemokratischen Presse zu den Arbeiterkämpfen wirklich gründlich durchgeführt werden, daß wirklich Freiheit der Meinungsäußerungen in den Gewerkschaften garantiert wird, daß nicht etwa die reformistischen Gewerkschaftsführer Hundstangen gegen die kommunistische Presse kämpfen dürfen und den Verteidigern der kommunistischen Presse gnädigst 10 Minuten Redezeit bewilligt wird. Wir sind für eine offene und breite Diskussion. Die Arbeiter sollen klar und eindeutig Stellung nehmen, ob sie einverstanden sind damit, daß die Gewerkschaften „Organisationen zur Regelung der Organisation der kapitalistischen Wirtschaft“ sind (Hilfsleistung), ob die Gewerkschaften die Interessen der „nationalen Wirtschaft“ wahrzunehmen haben, statt die Klasseninteressen des Proletariats. Die Arbeiter sollen sagen, ob die Unterstützung der kapitalistischen Nationalisierung durch die sozialdemokratische Presse den Arbeiterinteressen oder den Interessen der Industriellen entspricht, ob die Verherrlichung des Schlichtungssystems den Arbeitern oder den Unternehmern dient, ob es richtig war, daß die Bewegung der Hüttenarbeiter und der Bergarbeiter getrennt wurde, daß beide Bewegungen nach einander durchgeführt werden, statt die Kampfkräfte der Metallarbeiter und Bergarbeiter gemeinsam gegen die Hochburgen des Trustkapitals einzusetzen, ob es nach ihrer Meinung möglich ist, die Enteignung der Kapitalisten mit Hilfe des Stimmzettels durchzuführen. Wenn diese Diskussion in allen Betrieben und Gewerkschaften von den breitesten Arbeitermassen geführt wird, sind wir überzeugt, daß die Antworten der Arbeiter von der sozialdemokratischen Presse bestimmt nicht veröffentlicht werden.

Achtung Eisenbahner! Dienstag den 31. Januar außerordentlich wichtige Sitzung im Brandenburger Hof. Erscheln ist Pflicht!

Verantwortlich für Politik: Bruno Goldhammer, Dresden; für Lokales: Richard Spengler, Dresden — Druck: „Neubau“, Dresden.

„Ich verließ das Zimmer.“
„Tratest du gleich auf die Straße hinaus?“
„Nein, vor dem Hause stand ein Mann, ein Neger, blickte zu Rawleys Fenster auf.“
„Ben Lower“, durchdrachte es Harvens Gehirn. Er fragte weiter: „Sah er dich nicht?“
„Ich wartete, bis der Mann gegangen war. Fühlte mich müde und abgelenkt, ging in den Park, schloß dort auf einer Bank ein. Weiter weiß ich nichts...“
„Ja, auch dieser Schlaf, auf den völliges Schwinden des Gedächtnisses folgt, bestätigt seine Annahme; nun besteht für ihn kein Zweifel mehr. Doch muß er noch weitere Fragen stellen, seiner Sache ganz gewiß sein.
„Kennst du Ethel Lindsay?“
„Ja.“
„Aus ihrer Stimme klang kein Hauch, wie beim Nennen von John Rawleys Namen, bloß Gleichgültigkeit.“
„Du sollst sie töten?“
„Ja.“
„Nun klang die Stimme niedergebunden. „Es mißlang mir.“
„Befahl ER dir diesen Mord?“
„Nein.“
„Wer tat es?“
„Ein anderer, ich kannte ihn nicht, traf ihn bei JHM.“
„Wie sah dieser andere aus?“
„Grace schien nachzudenken.
„Ich weiß nicht mehr recht; er hatte blaue kindliche Augen...“
„Dr. Brathford“, dachte Harven, fuhr dann mit seinen Fragen fort:
„Weißt du, daß Ethel Lindsay des Mordes an John Rawley beschuldigt wurde?“
„Nein.“
„Wo hast du dich verborgen gehalten?“
„Wieder der Ausdruck der Unsicherheit in ihren Zügen, die sögernde Antwort:
„Ich... weiß... es... nicht...“
„Wie hast du dich mit den Führern der Vereinigung verhalten?“
„Durch den „Herald“; dort annoncierten sie, in die Redaktion erhielt ich Briefe und Telegramme.“
„Wie lebst du, was tatest du in der Zeit, die zwischen John Rawleys Ermordung und dem Mordanschlag auf Ethel Lindsay lag?“
(Fortsetzung folgt.)

RADEBERG

BLUMEN FÜR FREUD u. LEID G. GÖHLICHS

Zigarren, Zigaretten, Tabake Willy Krause

Musik- und Tabakwaren GEORG HIPPE

Konditorei Paul Israel

Spezialhaus für Herrenmoden

Fleischerei J. Purschwitz

LEBENSMITTEL Schackert

Dampfbackerei Max Schreiber

METROPOL- LICHTSPIELE

Kaulhaus Wernicke

Lebensmittel Elsa Klemm

Hotel Deutsches Haus

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Paul Klotzsche

Spezial Drogenhandel

KAUFHAUS VOSS

Kolonialwaren / Grünwaren R. FOSSAN

Schokoladen und Süßwaren

Müllhaus Willy Wernicke

FLEISCHEREI SCHIFFNER

Brot- und Weißbäckerei

Brot- und Weißbäckerei

Brot- und Feinbäckerei

Textil-Wagner Hauptstraße 16

UHREN, GOLDWAREN, OPTIK OTTO RICHTER

Konfektionshaus Rudolf Lederer

Bubikopf

Kohlen Landesprodukte

Möbel- u. Lino'eumhaus

Lebensmittel

Elektro-Liebel

Bierhandlung

Kolonialwaren

Schuhhaus Baum

Modenhaus Karl Schütze

Herren- und Damengarderobe

Meißnerer

Schuhhaus

Drogenhandlung

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Radeberger Fischhalle

Marktdrogerie

Möbelhaus und Werkstätte

Eisenhandlung

Nähmaschinen- und Fahrradhaus

Photostudio

Schuhhaus Winkler

Lebensmittel

Drogen und Garten

Radeberger Seifenfabrik

Herren- und Damenfriseur

Fahrräder, Kraftfahrzeuge

Erste Radeberger Marktstraße

Schuhzentrale Radeberg

DRESDEN-OSTSACHSEN

Wir empfehlen Euch Goldstern cigarette 4 Pf. Cigarettenfabrik „Türkenperle“, Dresden-N.

Nur dem Geschäftsmann unser Geld - Der es mit unserer Zeitung hält

KÖTZSCHENBRODA

Konjert- und Ballhaus „Goldner Anker“

Sporthaus Erich Brandt

Schuhhaus Paul Jutz

S. Schaefer

R. Köhlich Nachf.

Kleider-Winkler

Kaiserbrauerei u. Wanderhelm

Paul Raumann

COSWIG

Julius Springer

MAXLEUPOLD

Guido Wippler

Bierhandlung Neu-Godwig

RADEBURG

Carl Schaeffer

Guthaus und Fleischer

Alle Möbel- und Bauleistungsarbeiten

MEIßEN

Erstklassige Herren- u. Damenfahräder

Fleisch- und Wurstwaren

Alpina-Uhren

Radio-Apparate

Drogen- und Farbenhandlung

Kolonialwaren, Spirituosen

Schuhhaus Gebr. Kunze

BRUNO KEMPE

Musikapparate

Fahrrad-Güme

Messow & Waldschmidt

Optiker Wagner

Walter Richter

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe

H. SACHS

RADEBEUL

Trinkt Meißner Felsenkeller Cabinet

Meiß- und Wurstwaren

Fluß- u. Seefisch-Spez.-Geschäft

Emil Schumann

Fleische und Wurstwaren

P. W. Bier

E. Röder

Kurt Gode

Albert Klunker

J. Dieberich

Carl Friedrich & Co.

PROHLIS

Marie Köhler

HELLERAU RÄHNITZ

LINDENGARTEN

Albert Schmiedgen

WILSDORF

Paul Lehnert

DRESDEN REICK

Uhren, Goldwaren, Sprechapparate

Wäsche, Textilwaren, Strümpfe

Elekt. Anlagen, Beleuchtungskörper

Kaufhaus Meiß

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Gasthof Reich

Kolonialwaren, eigene Hausschlächterei

Feinkost-, Kolonialwaren, Spirituosen

Kolonialwaren, LEBENSMITTEL

KAMENZ

H. Meißel

KURT BENAD

Trinkt Bier der Kamenzer Brauerei

Alwin Neumann

A. Synatzschke

Herrenartikel, Nähmaschinen

Woll- und Baumwollwaren

DRESDEN-FRIEDRICHST.

Konditorei und Bäckerei

Otto Lecker

DRESDEN-COTTA

Schusterhaus Tanz-Palast

Restaurant zur Schanze

Friseur Kühn

Marie Fleck

Uhren, Goldwaren, Optik

Zigarrenhaus H. Winkler

Schuhreparatur u. Lederhandlung

Fabrikation feiner Fleisch- und Wurstwaren

Schuhhaus Rajau

Drogen, Garten, Kolonialwaren

MICKTEN TRACHAU

Rundfunk / Licht und Kraft

DRESDEN-KADITZ

Karl Rodschinka

Lager-Verlag

4. Tafel

Ein Die

und de

Paralle...

Die S...

Die S...

Die S...

Die S...

Die S...

Die S...

Die S...